



275 Bericht von Hermann Buslei, Patricia Gallego-Granados, Johannes Geyer und Peter Haan

Rente mit 67: Der Arbeitsmarkt für Ältere wird entscheidend sein

- Anhebung der Altersgrenzen hilft, die Kosten des demografischen Wandels besser zu bewältigen
- Soziale Folgen der Anhebung der Altersgrenzen hängen entscheidend von der Arbeitsmarktentwicklung ab

284 Interview mit Johannes Geyer



285 Bericht von Ludovica Gambaro, Tobias Linberg und Frauke Peter

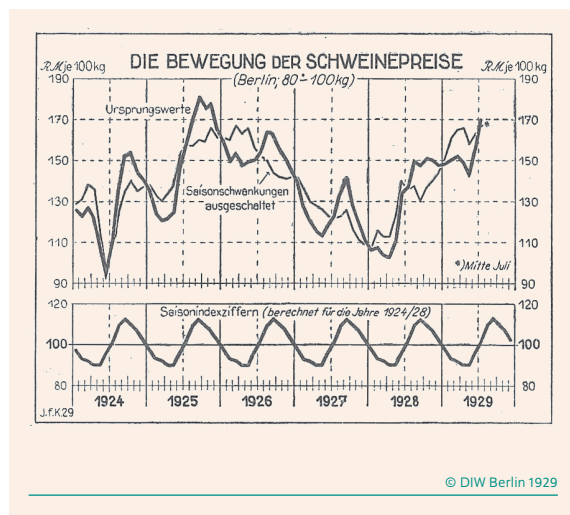
Sprachkompetenz von Kindern: Unterschied nach Bildung der Eltern im unteren Leistungsbereich besonders groß

- Kinder mit niedrig gebildeten Eltern liegen im untersten Sprachleistungsbereich noch deutlich weiter zurück
- Reine Mittelwertvergleiche greifen zu kurz
- Förderprogramme zum Spracherwerb sollten gezielter ausgerichtet werden

296 Kommentar von Martin Gornig

Produktivitätsrückstand ist nicht mehr eine Frage des Ostens

Zur Lage am Schweinemarkt



Nach dem starken Aufschwung, den die Schweinepreise von Mai bis August 1928 genommen hatten, lagen sie von diesem Zeitpunkt ab bis Mai 1929 verhältnismäßig ruhig. Dabei war der unter geringen Schwankungen eingehaltene Preisstand von 70 bis 80 RM je 50 kg für die Produzenten befriedigend. Seit Juni d.J. ist nun eine erneute Preissteigerung eingetreten, die nur teilweise auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen ist. [...] Der Grund für die anhaltende Preissteigerung auf dem Schweinemarkt ist im Rückgang des Angebots inländischer Erzeugung zu suchen, der seit Anfang 1928 eingetreten ist und, nur vorübergehend unterbrochen, bis zur Gegenwart noch andauert. Neben den rückläufigen Antriebszahlen an den Schlachtviehmärkten weisen auch die Ergebnisse der Schweinezwischenzählung vom 1. Juni 1929 auf eine starke Schrumpfung der heimischen Erzeugung hin.

Aus dem Wochenbericht Nr. 16 vom 17. Juli 1929

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 17. April 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Markus Grabka (1. Bericht); Dr. Kai-Uwe Müller (2. Bericht)

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

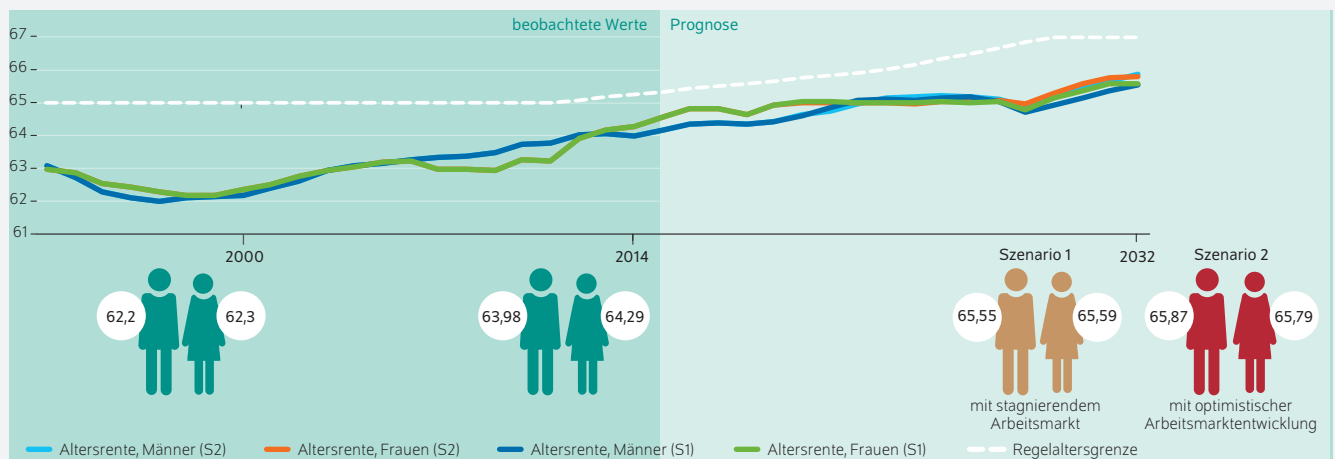
Rente mit 67: Der Arbeitsmarkt für Ältere wird entscheidend sein

Von Hermann Buslei, Patricia Gallego-Granados, Johannes Geyer und Peter Haan

- Anhebung der Altersgrenzen hilft, die Kosten des demografischen Wandels besser zu bewältigen
- Prognose des Rentenzugangs in den kommenden Jahren und Diskussion der Probleme für die betroffenen Gruppen
- Weiterer Anstieg des durchschnittlichen Zugangsalters in die Altersrente um langfristig zwischen 1,2 und 1,5 Jahre zu erwarten
- Soziale Folgen der Anhebung der Altersgrenzen hängen entscheidend von der Arbeitsmarktentwicklung ab
- Bei weiterer Anhebung der Altersgrenzen müssen Lösungen für unterschiedliche Risikogruppen gefunden werden

Auch bei stagnierender Arbeitsmarktentwicklung ist ein substantieller Anstieg des durchschnittlichen Eintrittsalters in die Altersrente bis zum Jahr 2032 zu erwarten

Durchschnittliches Eintrittsalter in die Altersrente nach Geschlecht und Szenario



© DIW Berlin 2019

ZITAT

„Je nachdem wie gut sich die Menschen an die Anhebung der Altersgrenzen anpassen können, hat das unterschiedliche Konsequenzen. Insbesondere Menschen mit geringer Bildung, in manuellen Berufen oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen haben Probleme.“

— Johannes Geyer —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Johannes Geyer
www.diw.de/mediathek

Rente mit 67: Der Arbeitsmarkt für Ältere wird entscheidend sein

Von Hermann Buslei, Patricia Gallego-Granados, Johannes Geyer und Peter Haan

ABSTRACT

Die „Rente mit 67“ ist ein zentraler rentenpolitischer Baustein zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Sie sieht vor, dass das Regelrenteneintrittsalter zwischen 2012 und 2031 von 65 auf 67 Jahre steigt. Allerdings geht diese Strategie nur dann auf, wenn es den Menschen gelingt, ihren Erwerbsaustritt auch wirklich in ein höheres Alter zu verschieben. Unter den aktuell sehr günstigen Arbeitsmarktbedingungen gelingt dies deutlich mehr Menschen als noch vor zehn Jahren. Allerdings bestehen große Unsicherheiten, ob sich dieser Trend so fortsetzen kann. Anhand des am DIW Berlin entwickelten Dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo) werden die Wirkungen der Anhebung der Altersgrenzen unter zwei verschiedenen Arbeitsmarktszenarien simuliert. Das durchschnittliche Zugangsalter in die Altersrente wird in den kommenden Jahren nach den Schätzungen um weitere 1,2 bis 1,5 Jahre steigen. Falls die Beschäftigungsquoten der 60- bis 67-Jährigen auf dem heutigen Niveau verharren, werden aber weiterhin rund 40 Prozent (bei optimistischer Prognose nur 20 Prozent) aller Rentenzugänge nicht aus einem Beschäftigungsverhältnis erfolgen. Deshalb müssen gerade bei einer weiteren Anhebung der Altersgrenzen Lösungen für unterschiedliche Risikogruppen gefunden und die Möglichkeiten für einen gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben verbessert werden.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist ein zentrales rentenpolitisches Ziel.¹ Sie soll dazu beitragen, die volkswirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen. Ein Mittel dafür ist die Anhebung der Regelaltersgrenze. Neben Deutschland haben viele weitere Länder aufgrund vergleichbarer demografischer Verschiebungen ähnliche Maßnahmen eingeleitet.² Allerdings ist die Anhebung der Regelaltersgrenze noch nicht hinreichend für ein späteres Erwerbsaustrittsalter. Aus der Perspektive der Beschäftigten stellt sich die Frage, ob eine Ausdehnung der Lebensarbeitszeit überhaupt im anvisierten Umfang möglich ist. Besondere Risiken entstehen dadurch, dass sich die Gesundheit mit dem Alter verschlechtert, und durch geringe Wiederbeschäftigungschancen von älteren Arbeitslosen. Bei Erwerbslosigkeit kommt es zu keinen weiteren Beitragszahlungen in die GRV und bei einem eventuellen vorzeitigen Renteneintritt wird die Rente durch Abschläge gemindert. Deswegen könnte die Erhöhung des Regelrenteneintrittsalters zu einer stärkeren Einkommensungleichheit nach dem Renteneintritt beitragen.

Die Beschäftigung von Personen im rentennahen Alter zwischen 60 und 65 Jahren ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.³ Allerdings profitieren nicht alle Gruppen von diesem positiven Trend. Für manche Personen ist ein Übergang in den Ruhestand aus Beschäftigung nur schwer zu realisieren, stattdessen erfolgt der Übergang aus Erwerbslosigkeit. Der beobachtete Beschäftigungsanstieg geht vor allem auf einen längeren Verbleib im Beruf zurück und nicht auf einen verstärkten Wiedereinstieg älterer Erwerbsloser in den

¹ Der Bericht basiert auf Ergebnissen des von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projektes "Verhaltens- und Verteilungswirkungen von Rentenreformen" (Projektnummer: 2014-792-4, Webseite: <https://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=2014-792-4>).

² So steigt das Renteneintrittsalter in vielen Ländern der Europäischen Union in den kommenden Jahren weiter an. Einige Länder wie Dänemark und die Niederlande heben das Renteneintrittsalter in Zukunft in Abhängigkeit der Entwicklung der Lebenserwartung an. Es gibt allerdings auch zahlreiche Ausnahmen. So haben etwa Österreich und einige Länder Osteuropas das Renteneintrittsalter nicht über 65 Jahre angehoben. European Commission (2017): The 2018 Ageing Report – Underlying Assumptions & Projection Methodologies. Institutional Paper 065, Tabelle II.A2.2 (online verfügbar).

³ Allein in der kurzen Zeit zwischen 2012 und 2017 ist beispielsweise laut Mikrozensus die Erwerbstätigkeit von Personen im Alter 62 bei den Männern von 57 auf 71 Prozent und bei den Frauen von 38 auf 61 Prozent angestiegen. Siehe Statistisches Bundesamt (2017): Fachserie 1 Reihe 4.1.1 und Fachserie 1 Reihe 4.1.

Arbeitsmarkt.⁴ Für Personen mit geringerer Beschäftigungsstabilität steigen daher soziale Risiken im Übergang zum Ruhestand. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können, und solche, die im höheren Erwerbsalter arbeitslos werden, haben somit ein überdurchschnittlich hohes Risiko eines Übergangs in den Ruhestand aus Arbeits- oder Erwerbslosigkeit und damit ein höheres Risiko für Altersarmut. Dieses Risiko verstärkt sich, da das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung parallel zur Anhebung der Altersgrenzen in den kommenden Jahren absinken wird.⁵

In dem vorliegenden Bericht werden die langfristigen sozialpolitischen Folgen der Anhebung des Regelrenteneintrittsalters anhand eines komplexen Mikrosimulationsmodells bis zum Jahr 2032 analysiert. Bis zum Jahr 2031 oder mit dem Jahrgang 1964 ist die Einführung der Rente mit 67 abgeschlossen. Es wird untersucht, wie gut sich die betroffenen Kohorten an die neuen Altersgrenzen anpassen können. Hierbei wird nur der Eintritt in die Altersrente untersucht und nicht der Eintritt in die Erwerbsminderungsrente.⁶ Anhand sozio-ökonomischer Merkmale werden Unterschiede verschiedener sozialer Gruppen beispielsweise nach Bildung, Geschlecht oder Erwerbshistorie auf dem Arbeitsmarkt modelliert. Die Grundlage der folgenden Berechnungen bildet das am DIW Berlin entwickelte dynamische Mikrosimulationsmodell DySiMo (Kasten 1).

Das Renteneintrittsalter wird weiter steigen

Seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts ist das durchschnittliche Zugangsalter in Altersrente von rund 62 Jahren auf gut 64 Jahre für Frauen und Männer auch dank der guten Arbeitsmarktlage gestiegen. Ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung waren eine Reihe von Rentenreformen, die seit 1992 den vorzeitigen Bezug einer Altersrente eingeschränkt und durch die Einführung von Abschlägen weniger attraktiv gemacht haben (Kasten 2). Der Anstieg des durchschnittlichen Zugangsalters wurde seit 2014 lediglich durch die Absenkung des gesetzlich vorgesehenen Zugangsalters von 65 auf 63 Jahren bei der Rente für besonders langjährig Versicherte vorübergehend gedämpft. Allerdings steigt das gesetzliche Zugangsalter dieser besonderen Rentenart wieder auf 65 Jahre mit dem Jahrgang 1964.

⁴ So zeigt Brüssig, dass sich die Erwerbstätigenquoten ab dem Alter 60 stark nach den ausgeübten Berufen differenzieren. Martin Brüssig (2010): Erwerbstätigkeit im Alter hängt vom Beruf ab, Altersübergangsreport 2010-05 (online verfügbar). Das zeigt sich auch bei der Abschaffung der Rente für Frauen ab dem Jahrgang 1952. Der Wegfall der Option, mit 60 Jahren in eine Altersrente zu wechseln, hatte ungefähr für die Hälfte der betroffenen Frauen zur Folge, dass sie bis zum Renteneintritt (in der Regel drei Jahre) in der Erwerbslosigkeit blieben. Die beschäftigten Frauen blieben in Beschäftigung. Die Rückkehr in den Arbeitsmarkt ist eine seltene Ausnahme. Siehe Johannes Geyer et al. (2019): Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen: Mehr Beschäftigung, aber höheres sozialpolitisches Risiko, DIW Wochenbericht Nr. 14 (online verfügbar).

⁵ Laut dem letzten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung sinkt das Sicherungsniveau vor Steuern von 48,3 Prozent (2017) bis 2032 auf 44,9 Prozent (Rentenversicherungsbericht 2018, online verfügbar). Simulationsrechnungen für die späteren Jahre zeigen, dass das Niveau auch danach weiter zurückgehen wird.

⁶ Durchschnittlich liegt der Anteil der Renten wegen Erwerbsminderung bei rund 18 Prozent aller Rentenzugänge eines Jahres. Siehe Deutsche Rentenversicherung (2018): Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften Band 22 (online verfügbar).

Kasten 1

Reformen des Rentenzugangsalters

Die Anhebung des gesetzlich vorgesehenen Rentenzugangsalters wird im Allgemeinen mit der 2007 beschlossenen „Rente mit 67“ identifiziert. Allerdings umfasst die Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters eine ganze Reihe von Rentenreformen, die den vorgezogenen Bezug einer Altersrente weniger attraktiv gemacht und die Möglichkeiten des Bezugs eingeschränkt haben. Das Muster des Anstiegs des tatsächlichen, durchschnittlichen Rentenzugangsalters ist maßgeblich durch diese Reformen bedingt (Abbildung 2). Ein erster Schritt war die schrittweise Einführung von Abschlägen für den vorzeitigen Renteneintritt durch das Rentenreformgesetz 1992. Ursprünglich sollten die Abschläge erst ab 2001 eingeführt werden. Die Einführung geschah dann aber schneller. Insbesondere wurden durch das „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“ (1996) und das „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“ Abschläge ab 1997 (Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und für langjährig Versicherte) und ab 2000 (Altersrente für Frauen) eingeführt. Diese Reformen führten zu einem späteren Renteneintritt der betroffenen Jahrgänge. 1999 wurde schließlich das Auslaufen der Altersrente für Frauen und der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit ab dem Jahrgang 1952 beschlossen.

Im Jahr 2001 folgte eine Reform der Erwerbsminderungsrente, die den Berufsschutz abgeschafft und sie insgesamt weniger attraktiv gemacht hat. Im Jahr 2005 regelte das RV-Nachhaltigkeitgesetz die Anhebung der Altersgrenze für die frühestmögliche Inanspruchnahme einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit ab 2006 auf 63 Jahre. 2007 wurde schließlich die Erhöhung der Regelaltersgrenze ab 2012 beschlossen, die einen Übergang von 65 auf 67 Jahre bis 2031 vorsieht. Ein temporäres Abweichen von diesem Kurs zum späteren Rentenzugang war die Absenkung der abschlagsfreien Altersgrenze für besonders langjährig Versicherte im Jahr 2015. Von dieser Möglichkeit machen viele Personen Gebrauch. Deswegen stagniert das Rentenzugangsalter aktuell. Wie wir in der Simulation zeigen, ist das aber nur ein temporärer Effekt.

Im Folgenden werden der vergangene Verlauf des Renteneintrittsalters bis zum Jahr 2015 und der simulierte Verlauf bis zum Jahr 2032 unter der Annahme von zwei unterschiedlichen Arbeitsmarktszenarien dargestellt.⁷ In Szenario S1 werden die altersspezifischen Erwerbsquoten des Jahres

⁷ DySiMo simuliert die gesamte Erwerbsbiografie der Personen und so kann bestimmt werden, ob die Voraussetzungen für den Eintritt in eine Altersrente für eine Person vorliegen. Zudem enthält es ein Übergangsmodell für den Eintritt in die Altersrente. In diesem Modell werden eine Reihe biographischer und sozio-ökonomischer Eigenschaften berücksichtigt. Die Erwerbszustände werden auf Jahresbasis bestimmt. Unterjährige Veränderungen können nicht abgebildet werden. Da die Heraufsetzung der Altersgrenzen teilweise in kleinen monatlichen Schritten geschieht, muss definiert werden, ab wann die Personen im Modell ein Jahr höhere Regelaltersgrenze gilt. Das sind hier die Jahre 2019 und 2028. In der Abbildung 1 wurde auf die Daten ein Zeitreihenfilter gelegt, um die Effekte dieser sprunghaften Änderungen zu glätten.

Kasten 2

Mikrosimulationsmodell (DySiMo)

Die Grundlage für die Vorausberechnungen in diesem Bericht ist das dynamische Mikrosimulationsmodell DySiMo des DIW Berlin, das im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projektes "Verhaltens- und Verteilungswirkungen von Rentenreformen" (Projektnummer: 2014-792-4) entwickelt wurde. Dynamische Simulationsmodelle können nicht nur den Rechtsrahmen für einen bestimmten Querschnitt abbilden und variieren, sondern sie erschaffen neue künstliche Querschnitte der zugrundeliegenden Population. Dabei wird eine relativ große Zahl von Variablen berücksichtigt, um die Heterogenität in der Population zu modellieren. Für jede dieser Variablen muss ein entsprechender Prozess zur Fortschreibung spezifiziert werden. Diese Modelle sind beispielsweise zur Analyse der langfristigen Auswirkungen einer politischen Maßnahme geeignet. Außerdem können sie die langfristigen Veränderungen der Bevölkerung flexibel modellieren.

DySiMo simuliert für eine repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung zentrale demografische und ökonomische Prozesse und lässt den Datensatz dynamisch altern. Das Modell enthält zudem ein Steuer-Transfer Simulationsmodell, das die verfügbaren Einkommen der Haushalte simuliert. Die zentrale Datenbasis bildet das Sozio-ökonomische Panel (SOEP).¹ Darüber

¹ Das SOEP ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung der deutschen Bevölkerung. Jedes Jahr werden rund 30000 Personen in etwa 11.000 Haushalten interviewt. Mehr Details zum SOEP finden sich in Gert Wagner et al. (2008): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2, Nr. 4, 301-328.

hinaus werden auch Daten des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Rentenversicherung genutzt, um die Prozesse zu modellieren.

Für die Berechnungen im Modell Dysimo wird – ohne dies im Modell selbst zu erklären – ein Pfad für die aktuellen Rentenwerte, das Durchschnittsentgelt und den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung vorgegeben. Diese Werte dienen der Bestimmung der Rentenzahlungen, den erworbenen Rentenansprüchen und den zu leistenden Beiträgen. Die verwendeten Werte für Rentenniveau, Durchschnittsentgelt und Beitragssätze sind das Ergebnis einer Simulation für das geltende Recht in einer aktuellen Fassung des Modells PenPro.² Das Modell PenPro ist ein semi-aggregiertes Modell und dient im Wesentlichen der Vorausberechnung des aktuellen Rentenwertes und des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung unter geltendem Recht und unter Reformvarianten und/oder alternativen Annahmen über die als exogen angenommene sozio-ökonomische Entwicklung, insbesondere die künftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung.

² Hermann Buslei (2017): Erhöhung der Regelaltersgrenze über 67 Jahre hinaus trägt spürbar zur Konsolidierung der Rentenfinanzen und Sicherung der Alterseinkommen bei. DIW Wochenbericht Nr. 48 (online verfügbar).

2017 bis zum Jahr 2032 konstant gehalten. Trotz dieser Annahme kann es zu Änderungen in den aggregierten Erwerbsquoten kommen, da die einzelnen Geburtskohorten unterschiedlich stark besetzt sind. In Szenario S2 steigt die altersspezifische Erwerbsquote an. Bei der Berechnung wird ein kohortenspezifischer Trend bei Personen ab dem Alter 50 angenommen, der die positive Entwicklung aus den vergangenen Jahren fortschreibt.

Um die Annahmen der Szenarien zu verdeutlichen, werden Erwerbsquoten für Frauen und Männer im Startjahr der Simulation (2014) und für das Jahr 2032 präsentiert (Abbildung 1). Im Szenario S2 steigt die Erwerbstätigkeit bei den 60 bis 67-Jährigen Männern bezogen auf alle Männer dieser Altersgruppe von 43 auf 55 Prozent, bei den Frauen von 35 auf knapp 49 Prozent.

Basierend auf diesen Annahmen werden die Rentenzugangsalter für Männer und Frauen bis zum Jahr 2032 simuliert (Abbildung 2).⁸ In beiden Szenarien steigt das Renteneintrittsalter in eine Altersrente bis zu Beginn der 2030er Jahre weiter an. Im Durchschnitt liegt das Rentenzugangsalter im Jahr 2032 im Szenario S2 bei ungefähr 65,8 Jahren und damit

ungefähr 0,3 Jahre höher als im Szenario S1. Ein Grund für das niedrigere Renteneintrittsalter in Szenario S1 ist, dass nichterwerbstätige Personen, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben in Rente überzugehen als erwerbstätige Personen. Wie beim beobachteten Renteneintrittsalter (bis zum Jahr 2015) zeigen sich auch bei den Simulationen nur geringe Unterschiede für Männer und Frauen.

Deutliche Unterschiede in der Anpassung an die neuen Altersgrenzen

Das Alter bei Rentenzugang unterscheidet sich nach verschiedenen sozioökonomischen Eigenschaften. Da bei einem früheren Renteneintritt die Rente durch Abschläge gemindert wird, haben diese Unterschiede direkte Auswirkungen auf die Altersrenten der Gruppen.

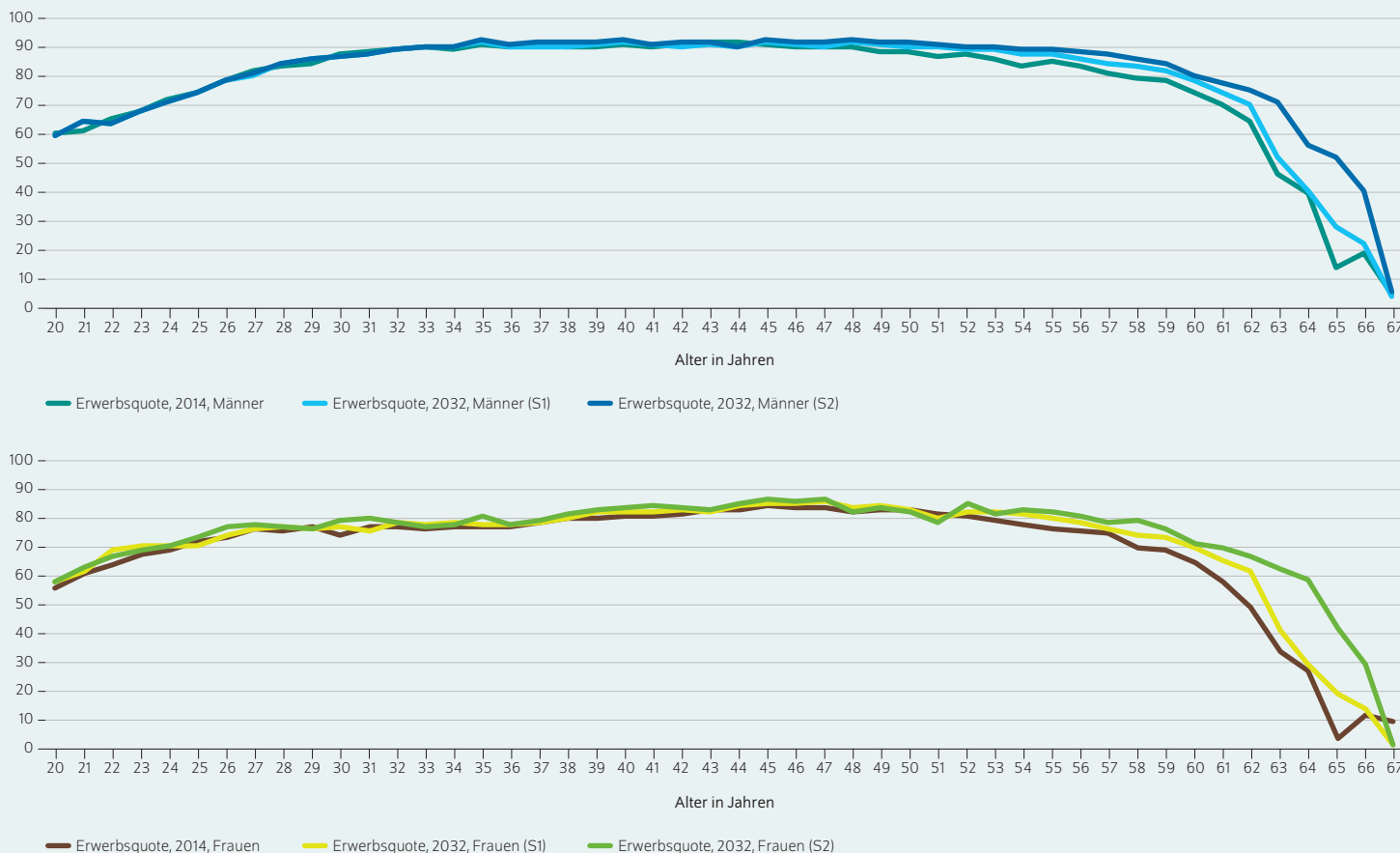
Diese Unterschiede werden durch eine Darstellung der Differenz im Renteneintrittsalter zwischen 2015 und 2032 für die beiden Szenarien dargestellt (Tabelle 1). Grundsätzlich gehen alle sozioökonomischen Gruppen in beiden Szenarien später in die Altersrente (verglichen mit 2015 gut 1,5 Jahre in Szenario S2 und 1,2 Jahre in Szenario S1). Allerdings zeigt sich, dass Personen mit höherer Bildung und Alleinstehende ihren Renteneintritt stärker in ein höheres Alter

⁸ Für den Zeitraum vor 2015, siehe Kasten 1.

Abbildung 1

Erwerbsquoten in Prozent für Männer und Frauen nach Alter und Szenario (S1, S2)

Simulationen für die Jahre 2014 und 2032



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

Die Erwerbstätigkeit ab Mitte 50 nimmt im Szenario mit optimistischer Arbeitsmarktentwicklung (S2) stark zu.

verschieben. Beispielsweise verschieben höher gebildete Personen ihren Renteneintritt um rund 1,6 Jahre im Szenario S1 und um zwei Jahre im Szenario S2. Personen mit geringer oder mittlerer Bildung verschieben den Renteneintritt nur um ein beziehungsweise 1,4 Jahre. Informativ ist ein Blick auf den Erwerbsstatus vor Renteneintritt. Hier zeigt sich, dass erwerbslose Personen in Szenario S1 ihren Renteneintritt stärker nach hinten verschieben als in Szenario S2. Bei Personen, die bis zum Renteneintritt erwerbstätig bleiben ist es umgekehrt. Differenziert man die Erwerbstätigen, so zeigt sich eine etwas höhere Anpassung bei Teilzeitbeschäftigten. Zudem zeigt sich eine etwas höhere Anpassung bei Personen mit weniger als 30 Entgeltpunkten, also mit eher niedrigen Rentenanwartschaften.⁹

⁹ Die Rentenanwartschaften an die gesetzliche Rente werden in Entgeltpunkten beziffert. Vereinfacht dargestellt, ergibt sich aus dem Produkt der Summe der Entgeltpunkte und dem aktuellen Rentenwert die Bruttorente. Bei einem aktuellen Rentenwert von 32,03 Euro ergibt sich bei 30 Entgeltpunkten eine Bruttorente von ungefähr 960 Euro.

Die Erwerbsquote älterer Personen variiert stark nach Geschlecht, Bildung und Gesundheit

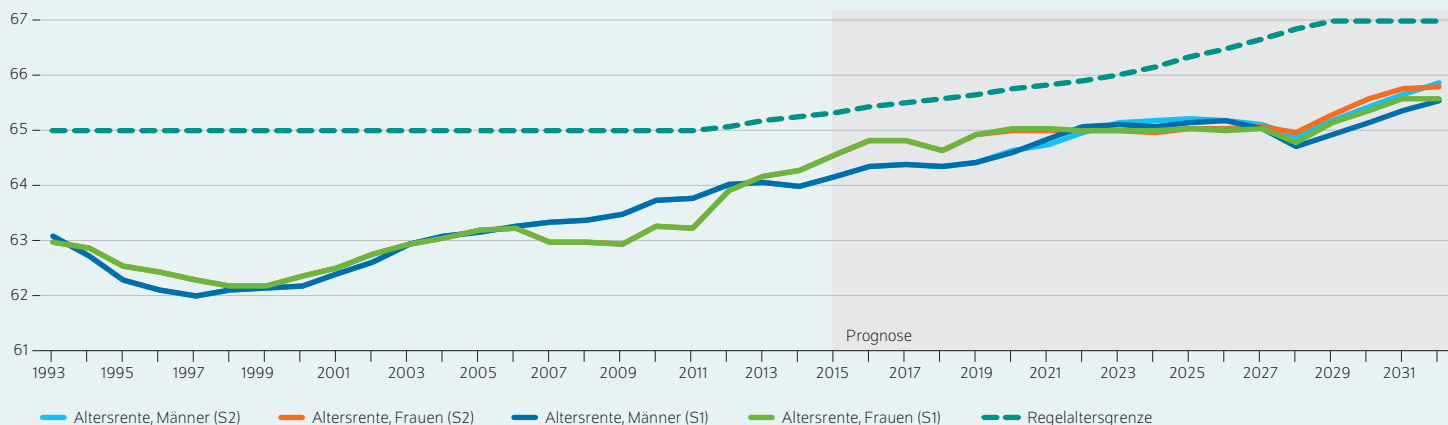
Auch die simulierten Erwerbsquoten zeigen deutliche Unterschiede. In den letzten Jahren ist die Erwerbstätigkeit kontinuierlich gestiegen und hat insbesondere bei den Älteren zugelegt. Beide hier verwendeten Szenarien unterstellen eine positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Abbildung 1). Auch die Alterserwerbstätigkeit steigt in den Simulationen an, jedoch unterscheidet sich dieser Anstieg deutlich zwischen den sozioökonomischen Gruppen. Es werden die Erwerbstätigenquoten der Personen im Alter zwischen 60 und 67 Jahren bezogen auf die erwerbsfähige Bevölkerung im selben Alter – also ohne Personen, die bereits eine Rente beziehen – gezeigt (Tabelle 2). Im Durchschnitt liegt die Erwerbsquote hier bei 73 Prozent, sie verringert sich leicht bis 2032 in Szenario S1 (69 Prozent)¹⁰ und steigt in Szenario

¹⁰ Der Rückgang der Erwerbsquote in Szenario S1 ist durch unterschiedlich stark besetzte Geburtskohorten bedingt. Zudem gehen die Erwerbsquoten bei den höher gebildeten überdurchschnittlich zurück,

Abbildung 2

Durchschnittliches Eintrittsalter in die Altersrente nach Geschlecht und Szenario (S1, S2)

Beobachteter Verlauf bis zum Jahr 2015, Simulationen bis zum Jahr 2032



Anmerkung: Ab 2015 stammen die Ergebnisse aus einer Simulation. Die Erwerbszustände werden auf Jahresbasis bestimmt. Unterjährige Veränderungen können nicht abgebildet werden. Da die Heraussetzung der Altersgrenzen teilweise in kleinen monatlichen Schritten geschieht, muss definiert werden, ab wann die Personen im Modell ein Jahr später in Rente gehen. Das ist hier 2019 und 2028. Für die Abbildung wurde auf die Daten ein Zeitreihenfilter gelegt, um die Effekte dieser sprunghaften Änderungen zu glätten. Trotzdem sieht man noch das leichte Abknicken in den Jahren vor dem Heraussetzen der Altersgrenzen.

Quellen: Deutsche Rentenversicherung (mehrere Jahrgänge): Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV Schriften Band 22; eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

Seit Mitte der 90er Jahre ist das Eintrittsalter in die Altersrente um zwei Jahre gestiegen, wahrscheinlich setzt sich der Trend fort.

Tabelle 1

Änderung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters in Jahren nach Szenarien zwischen den Jahren 2015 und 2032

Differenz zwischen dem simulierten Rentenzugangsalter im Jahr 2032 (S1, S2) und dem beobachteten Rentenzugangsalter im Jahr 2015

Eigenschaften	Gesamt		Männer		Frauen	
	S1	S2	S1	S2	S1	S2
Geringe/mittlere Bildung	1,07	1,37	1,18	1,51	0,97	1,26
Höhere Bildung	1,62	1,98	1,74	2,01	1,45	1,89
Beschäftigt vor Renteneintritt	1,01	1,59	1,21	1,73	0,76	1,40
Teilzeitbeschäftigt	0,90	1,56	1,53	1,89	0,74	1,43
Vollzeitbeschäftigt	1,09	1,61	1,15	1,69	0,86	1,38
Erwerbslos vor Renteneintritt	1,47	1,38	1,65	1,41	1,35	1,36
Weniger als 30 Entgeltpunkte	1,27	1,60	1,60	1,97	1,08	1,38
Ostdeutschland	1,11	1,33	1,05	1,64	1,16	1,11
Westdeutschland	1,21	1,54	1,43	1,67	1,00	1,40
Alleinstehend	1,96	2,10	1,91	2,08	2,03	2,10
Verheiratet	1,01	1,40	1,25	1,62	0,75	1,17
Insgesamt	1,24	1,56	1,40	1,72	1,10	1,40

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

S2 auf 85 Prozent. Es zeigen sich große Unterschiede in der Erwerbstätigkeit nach bestimmten sozio-ökonomischen Gruppen. So haben Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsabschluss im Jahr 2015 eine Erwerbstätigenquote von 67 Prozent – verglichen mit 86 Prozent bei Personen mit

höherem Bildungsabschluss. Die niedrigste Erwerbstätigenquote (62 Prozent) beobachten wir bei Personen mit einem schlechten Gesundheitszustand. Diese Unterschiede lassen sich grundsätzlich auch im Jahr 2032 in den unterschiedlichen Szenarien beobachten, insbesondere bei Szenario S1 (63 Prozent). Allerdings zeigt sich in Szenario S2 ein wichtiger Sachverhalt: Personen mit guten Arbeitsmarktchancen kommen bereits im Jahr 2015 auf relativ hohe Erwerbsquoten im höheren Alter. Daher können die Quoten selbst bei einer sehr positiven Entwicklung nur moderat steigen. Umgekehrt gilt das für Gruppen, die im Jahr 2015 unterdurchschnittliche Erwerbsquoten aufweisen – für diese Gruppen müssten die Erwerbsquoten in größerem Umfang steigen. Und das ist vermutlich für diese Menschen bei eingeschränkter Gesundheit, niedriger Qualifikation oder ähnlichen sozio-ökonomischen Eigenschaften ohne weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nur schwer zu realisieren.

Die steigenden Erwerbsquoten Älterer haben zur Folge, dass der Anteil der Älteren, die aus Erwerbs- oder Arbeitslosigkeit in die Rente wechseln, seit Jahren rückläufig ist. Im Jahr 2017 ging bei ungefähr zehn Prozent aller Zugänge in die Altersrente eine Phase kürzerer oder längerer Arbeitslosigkeit voraus. Zehn Jahre zuvor betraf dies rund ein Viertel der Zugänge.¹¹ Dazu kommen Personen, die zwar nicht aus registrierter Arbeitslosigkeit kommen, aber aus Erwerbslosigkeit in die Rente gehen. Umgekehrt kommt heute fast die Hälfte aller Zugänge in die Altersrente aus einer

da diese im Ausgangspunkt eine sehr hohe Erwerbsquote aufweisen und in diesem Szenario ein größerer Anteil von Personen nicht mehr in die Rente gehen kann, aber auch nicht erwerbstätig ist.

11 Deutsche Rentenversicherung (2018): a. a. O.

Tabelle 2

Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 60 und 67 Jahren für die Jahre 2014 und 2032

Beobachtete Erwerbsquote in Prozent im Jahr 2015, simulierte Erwerbsquote im Jahr 2032 (S1, S2)

Eigenschaften	Insgesamt			Männer			Frauen		
	2014	2032 – S1	2032 – S2	2014	2032 – S1	2032 – S2	2014	2032 – S1	2032 – S2
Durchschnitt	73,4	69,4	85,3	82,7	77,1	91,7	66,0	62,1	79,2
Geringe/mittlere Bildung	67,3	64,3	82,3	78,1	72,3	89,4	60,7	57,9	76,5
Höhere Bildung	86,2	79,2	90,9	88,8	84,7	95,4	82,4	72,3	85,5
Schlechter Gesundheitszustand	61,6	63,3	82,2	72,7	69,4	89,8	53,7	57,7	76,1
Verheiratet	74,5	70,1	85,8	85,9	78,3	92,8	64,3	62,0	78,6
Alleinstehend	71,2	67,4	83,7	74,5	73,6	88,1	69,1	62,3	80,6
Ostdeutschland	74,6	72,9	84,8	75,9	76,9	88,9	73,6	69,0	80,7
Westdeutschland	73,2	68,8	85,3	84,2	77,1	92,2	64,2	61,0	79,0

Anmerkung: Personen, die bereits in Rente sind, wurden ausgeschlossen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.¹² Dies spiegelt sich auch in den Simulationen wider.

Wenn die Erwerbstätigkeit mit den Altersgrenzen steigt, können mehr Renteneintritte nach Erwerbslosigkeit vermieden werden

Es wird für den Beginn der Simulation im Jahr 2015 geschätzt, dass rund 40 Prozent der Übergänge in eine Altersrente aus Erwerbslosigkeit erfolgen, immerhin 24 Prozent sogar nach mindestens zwei Jahren ohne Erwerbstätigkeit. Diese Gruppe wird näher betrachtet und mit den sonstigen Altersübergängen verglichen (Tabelle 3).¹³ Der Anteil der Frauen, die eine längere Unterbrechung vor dem Rentenzugang hat, liegt in den Jahren 2015-2019 bei 30 Prozent und damit doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil der Männer. Dieser Anteil geht für Männer und Frauen im Szenario S2 mit steigender Erwerbstätigkeit stark zurück. Er liegt dann insgesamt bei 21 Prozent in den Jahren zwischen 2020 und 2024 und später bei rund 13 Prozent. Szenario S1 zeigt ein anderes Bild. Hier steigt der Anteil von 24 auf 39 Prozent in den Jahren 2030-2032. Ein Grund dafür ist die Annahme konstanter Erwerbsquoten bei steigenden Altersgrenzen beim Renteneintritt. Auch im Szenario S1 zeigt sich ein Unterschied zwischen Männern und Frauen: bei den Männern verdoppelt sich der Anteil von 15 auf 30 Prozent, bei den Frauen steigt er zwar weniger stark an, aber betrifft dann fast die Hälfte der Übergänge in die Altersrente.¹⁴

¹² Für die Entwicklung bis 2010, siehe Martin Brüssig (2012): Weiter steigendes Renteneintrittsalter, mehr Renteneintritte aus stabiler Beschäftigung, aber zunehmend geringere Altersrenten bei Langzeitarbeitslosen. Altersübergangsreport (online verfügbar).

¹³ Die Erwerbslosigkeit umfasst nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern alle Zustände, die keine Erwerbstätigkeit beinhalten. Die Erwerbszustände in DySiMo mussten für die Auswertung der Rentenzugänge aggregiert werden. Deswegen können wir an dieser Stelle leider nicht weiter zwischen verschiedenen Formen der Nichterwerbstätigkeit differenzieren. Ausgeschlossen werden Personen, die vor dem Bezug einer Altersrente Selbstständig oder in einem Beamtenverhältnis waren. Zudem werden keine Personen betrachtet, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen.

¹⁴ Die Übergangsquoten der erwerbslosen Personen mit geringem oder mittlerem Bildungsabschluss zeigen, dass die Arbeitsmarktkrisen für diese Gruppe höher sind (Tabelle 3, unterer Teil). 28 Prozent der

Tabelle 3

Anteil der Übergänge in die Altersrente nach mindestens zwei Jahren Nichterwerbstätigkeit

Simulierte Anteile in Prozent nach Szenarien für die Jahre zwischen 2015 und 2032 (S1, S2)

	Gesamt		Männer		Frauen	
	S1	S2	S1	S2	S1	S2
Alle						
2015–2019	24,0	24,0	14,8	14,8	30,9	30,9
2020–2024	31,4	21,4	24,2	13,8	38,5	28,8
2025–2029	34,4	14,8	23,1	6,4	44,2	22,1
2030–2032	38,8	12,6	30,2	4,1	46,8	20,2
Personen mit geringem und mittlerem Bildungsabschluss						
2015–2019	28,4	28,4	16,9	17,0	35,6	35,5
2020–2024	35,1	24,4	28,1	17,3	41,1	30,6
2025–2029	38,8	17,1	27,3	8,6	48,2	24,2
2030–2032	43,6	15,9	36,1	7,0	49,6	22,2

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

Niedrige Renten nach Übergängen in die Altersrente aus Erwerbslosigkeit

Es wird das Verhältnis der Bruttorenten zwischen denjenigen, die nach mindestens zwei Jahren Erwerbslosigkeit in die Altersrente eintreten und Personen, die direkt aus einem Beschäftigungsverhältnis übergehen, untersucht (Tabelle 4).¹⁵ In den Jahren 2015-2019 beträgt dieses Verhältnis im Durchschnitt rund 66 Prozent. Das bedeutet, dass von

Personen mit geringem oder mittlerem Bildungsabschluss gehen aus einer längeren Periode der Erwerbslosigkeit in die Altersrente. Dieser Anteil steigt im Szenario S1 auf 44 Prozent, in Szenario S2 geht er auf 16 Prozent zurück.

¹⁵ Eine längere Erwerbsunterbrechung vor Renteneintritt dient hier als Indikator für problematische Altersübergänge. Klar ist aber auch, dass nicht alle Übergänge nach einer längeren Phase der Erwerbslosigkeit problematisch sein müssen und dass umgekehrt nicht alle Übergänge aus Beschäftigung als problemlos betrachtet werden können.

Tabelle 4

Verhältnis der durchschnittlichen Bruttorenten nach Übergängen in die Altersrente nach mindestens zwei Jahren Nichterwerbstätigkeit und nach direkten Übergängen aus Erwerbstätigkeit

Simulierte Verhältnisse in Prozent nach Szenarien für die Jahre zwischen 2015 und 2032 (S1, S2)

	Gesamt		Männer		Frauen	
	S1	S2	S1	S2	S1	S2
Alle						
2015–2019	66,2	66,1	77,2	77,1	73,0	72,7
2020–2024	71,2	66,2	83,0	76,4	71,2	69,0
2025–2029	74,0	63,1	88,2	69,6	73,8	70,4
2030–2032	86,0	62,2	91,1	69,7	81,7	70,4
Personen mit geringem und mittlerem Bildungsabschluss						
2015–2019	71,6	71,4	79,1	78,9	72,1	71,6
2020–2024	71,2	67,2	84,1	76,5	70,9	69,8
2025–2029	73,9	63,9	85,5	69,3	73,3	68,9
2030–2032	80,4	63,9	93,0	69,0	78,3	71,9

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

Tabelle 5

Verhältnis des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens nach Übergängen in die Altersrente nach mindestens zwei Jahren Nichterwerbstätigkeit und nach direkten Übergängen aus Erwerbstätigkeit

Simulierte Verhältnisse in Prozent nach Szenarien für die Jahre zwischen 2015 und 2032 (S1, S2)

	Gesamt		Männer		Frauen	
	S1	S2	S1	S2	S1	S2
Alle						
2015–2019	90,1	89,5	77,4	78,0	94,0	93,3
2020–2024	84,2	85,0	75,1	75,9	90,8	85,3
2025–2029	83,7	81,6	78,3	72,4	90,2	84,8
2030–2032	83,6	82,5	73,0	68,9	90,9	84,6
Personen mit geringem und mittlerem Bildungsabschluss						
2015–2019	94,7	93,5	85,1	85,7	93,6	91,7
2020–2024	90,2	85,3	79,9	78,6	92,7	90,6
2025–2029	89,0	84,3	80,6	74,1	91,4	87,6
2030–2032	91,1	86,4	81,9	74,3	93,8	93,8

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis eines dynamischen Mikrosimulationsmodells (DySiMo).

© DIW Berlin 2019

Personen, die aus Erwerbslosigkeit in die Rente eintreten, im Vergleich zu Personen die aus Beschäftigung in Rente übergehen, nur 66 Prozent der gesetzlichen Rente erzielen. Dies ist etwas höher bei Männern (77 Prozent) als bei Frauen (73 Prozent). Im Szenario mit stagnierender Erwerbstätigkeit steigt dieses Verhältnis über die Zeit an, im Szenario S2 sinkt es. Auf den ersten Blick kann diese Entwicklung überraschend wirken. Der Grund ist, dass im Szenario S2 verstärkt Menschen mit hohen Arbeitsmarktrisiken im höheren

Alter erwerbslos bleiben. Es kommt zu einer Negativselektion. Deswegen sinkt das Verhältnis der Bruttorenten. Im Szenario S1 werden mehr Menschen mit besseren Arbeitsmarkteigenschaften arbeitslos. Diese Effekte dominieren den dargestellten Trend.

Auch die Haushaltseinkommen bei Übergängen aus Erwerbslosigkeit sind niedrig

Das Verhältnis der Bruttorenten ist ein Indikator für die Unterschiede, die sich aus dem unterschiedlichen Zugang in die Altersrente ergeben. Ein anderer Indikator für die Wohlfahrtsposition der Personen ist das verfügbare Haushaltseinkommen. Hier wurde ebenfalls das Verhältnis der Einkommen von Personen, die nach längerer Erwerbslosigkeit in Rente gegangen sind, und denen, die den direkten Übergang aus Erwerbstätigkeit vollzogen haben, gebildet (Tabelle 5). Im Durchschnitt beträgt der Unterschied rund zehn Prozent zu Beginn der Simulation. Das bedeutet, dass Menschen mit längerer Erwerbslosigkeit zum Zeitpunkt des Renteneintritts ein um zehn Prozent niedrigeres verfügbares Einkommen besitzen als Personen, die direkt aus Erwerbstätigkeit übergehen. Da die Einkommen und auch die Renten von Männern in der Regel eine größere Bedeutung für die Haushaltseinkommen haben, ist dieser Effekt noch stärker für Männer. Hier beträgt der Unterschied rund 23 Prozent, während er bei Frauen bei etwa sechs Prozent liegt. Über den Simulationszeitraum sinkt das Verhältnis leicht ab, etwas stärker im Szenario S2.

Fazit: Den entlastenden fiskalischen Wirkungen stehen große sozialpolitische Risiken gegenüber

Die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit ist eine der zentralen rentenpolitischen Herausforderungen der alternden Gesellschaft. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist bereits in den vergangenen Jahren stark gestiegen und nach unseren Schätzungen ist es wahrscheinlich, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Zudem gibt es bereits Diskussionen über eine weitere Anhebung der Altersgrenzen. Den entlastenden fiskalischen Wirkungen stehen allerdings große sozialpolitische Risiken gegenüber. Trotz des günstigen Arbeitsmarktumfeldes ist die kontinuierliche Erwerbstätigkeit bis zum Renteneintritt längst nicht die Regel. Nur bei einer sehr günstigen weiteren Arbeitsmarktentwicklung werden Übergänge aus Erwerbslosigkeit in die Altersrente abnehmen. Jedoch zeigen unsere Simulationen auch, dass Menschen mit typischen „Risikofaktoren“ wie beispielsweise geringer Bildung oder relativ schlechter Gesundheit sich weniger gut an die neuen Altersgrenzen anpassen können. Diesen Menschen könnten günstigere Bedingungen für einen gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben in die Rente helfen.¹⁶ Die sogenannte Flexi-Rente, die 2017 in Kraft trat, erreicht dieses Ziel bisher nicht. Sie erlaubt es Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Renteneinkommen zu kombinieren. Dies ist in der Regel aber erst ab dem Alter 63 – und

¹⁶ Peter Haan und Songül Tolan (2017): Teilzeitrente: Ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und öffentliche Haushalte. DIW Wochenbericht Nr. 48, 1081-1088 (online verfügbar).

damit vermutlich zu spät – möglich. Jedenfalls wird diese Möglichkeit bisher nicht genutzt.

Neben der Frage, wie man den Arbeitsmarkt für Ältere so gestaltet, dass es für viele Menschen möglich ist, ihre Erwerbstätigkeit lange auszuüben, steht die Frage der Absicherung bei langfristigen Erwerbsunterbrechungen. Mit den jüngsten Reformen der Erwerbsminderungsrente wurde ein Schritt getan, um dieses Risiko wenigstens für Neuzugänge wieder besser abzusichern. Darüber hinaus sind weitere flankierende Maßnahmen notwendig, um auch die finanziellen Belastungen von Älteren zu begrenzen, die vor der

Regelaltersgrenze mit Abschlüssen in Rente gehen (müssen) oder aus Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit in Rente gehen. Derzeitige Reformvorschläge wie die Grundrente gehen in diese Richtung, jedoch würden sie wegen der Zugangsvoraussetzung von vorgeschlagenen 35 Beitragsjahren nicht alle Ältere erreichen. Auch für Menschen mit sehr langen Erwerbsunterbrechungen, die nicht auf die vorausgesetzten Beitragsjahre kommen und deren Renten besonders von der Anhebung der Regelaltersgrenze negativ betroffen sind, müssen zusätzliche Reformen eingeführt werden, wenn es das Ziel ist, den Lebensstandard von allen älteren Menschen abzusichern.

Hermann Buslei ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | hbuslei@diw.de

Patricia Gallego-Granados ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat am DIW Berlin | pgallego@diw.de

Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | jgeyer@diw.de

Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | phaan@diw.de

JEL: J14 J18 J22 J26

Keywords: retirement age, early retirement, pension reform, unemployment, labor supply, dynamic microsimulation

INTERVIEW



Dr. Johannes Geyer, stellvertretender Abteilungsleiter
der Abteilung Staat am DIW Berlin

„Eine weitere Anhebung der Altersgrenzen ohne flankierende Maßnahmen würde ich sehr kritisch sehen“

1. **Herr Geyer, mit der sogenannten „Rente mit 67“ sollen die Kosten des demografischen Wandels besser bewältigt werden. Sie haben untersucht, wie sich der Rentenzugang in den kommenden Jahren entwickelt. Wie sind Sie dabei vorgegangen?** Wir haben dafür ein empirisches Modell entwickelt, das den Rentenzugang in der Zukunft simulieren soll und haben dafür zwei unterschiedliche Szenarien definiert: einmal mit einem weiteren Anstieg der Beschäftigung und ein nicht ganz so optimistisches Szenario, in dem die Beschäftigung auf dem heutigen Stand verharrt und sich die Erwerbsquoten der Älteren trotz steigender Altersgrenzen nicht mehr anpassen.
2. **Wie hoch ist derzeit das tatsächliche Rentenzugangsalter im Durchschnitt?** Im Durchschnitt liegt das Rentenzugangsalter für Männer und Frauen ungefähr gleich bei 64 Jahren bei den Altersrenten. Bei den Erwerbsminderungsrenten ist es etwas niedriger, da liegt es bei Anfang 50.
3. **Wie weit wird das Renteneintrittsalter in den nächsten Jahren ansteigen?** Nach unseren Berechnungen hängt das von der Entwicklung des Arbeitsmarktes ab. Wenn der Arbeitsmarkt sich nicht so stark entwickelt, sondern ungefähr auf dem heutigen Stand verharrt, dann rechnen wir mit einem Anstieg von 1,2 Jahren. Wenn der Arbeitsmarkt stärker ansteigt, schätzen wir den weiteren Anstieg auf 1,6 Jahre.
4. **Welche sozialen Folgen hat die Anhebung der Altersgrenzen für den Rentenzugang?** Je nachdem wie gut sich die Menschen an die Anhebung der Altersgrenzen anpassen können, hat das unterschiedliche Konsequenzen. Menschen mit guten Arbeitsmarktrisiken, die hochgebildet sind und in stabilen Beschäftigungsverhältnissen stehen, können meistens ohne größere Probleme ihre Erwerbszeit ausdehnen. Ganz anders sieht es bei Menschen mit geringer Bildung, in manuellen Berufen oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen aus. Die haben Probleme, bis zu dieser höheren Altersgrenze weiter am Arbeitsmarkt aktiv zu sein und nicht in einem prekären Übergang zu landen.
5. **Wie unterscheiden sich die Erwerbsquoten und die Qualität der Jobs bei Personen im Alter zwischen 60 und 67 je nach Bildungsstand und Geschlecht?** Wir sehen bei den über 60-jährigen Männern eine Erwerbsquote von ungefähr 80 Prozent, bei den Frauen dieser Altersgruppe liegt sie ungefähr bei 65 Prozent. Das differenziert sich innerhalb der Gruppen noch einmal stark. Die Geringqualifizierten haben eine ganz niedrige Erwerbsquote, die höher Qualifizierten eine höhere Erwerbsquote. Ungefähr so differenziert sich auch noch einmal die Qualität der Jobs.
6. **Wie groß ist der Anteil der Personen, die aus der Erwerbslosigkeit in Rente gehen?** Erstaunlicherweise finden wir auch heute bei den hohen Erwerbsquoten, dass rund 40 Prozent aller Rentenzugänge aus der Erwerbslosigkeit stattfindet. Das unterscheidet sich noch einmal nach Arbeitslosigkeit und sonstiger Erwerbslosigkeit, insbesondere bei Frauen. Die haben sich größtenteils schon vorher aus dem Arbeitsmarkt herausgezogen und gehen dann in Rente.
7. **Ist die Grenze mittlerweile erreicht oder müsste die Lebensarbeitszeit weiter ausgedehnt werden, um die Kosten des demografischen Wandels zu bewältigen?** Wenn man die Altersgrenzen weiter anheben will, dann muss man sich darüber im Klaren sein, dass das den Druck auf Menschen, die mit schlechten Arbeitsmarktcharakteristika an diese Grenzen kommen, immer stärker erhöht. Wir werden dann eine noch stärkere Polarisierung beim Rentenzugang sehen. Menschen müssen dann erwerbstätig bleiben, aber können es eigentlich nicht. Umgekehrt würde es bei den besseren Jobs wahrscheinlich gehen. Eine einfache weitere Anhebung der Altersgrenzen ohne flankierende Maßnahmen würde ich sehr kritisch sehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



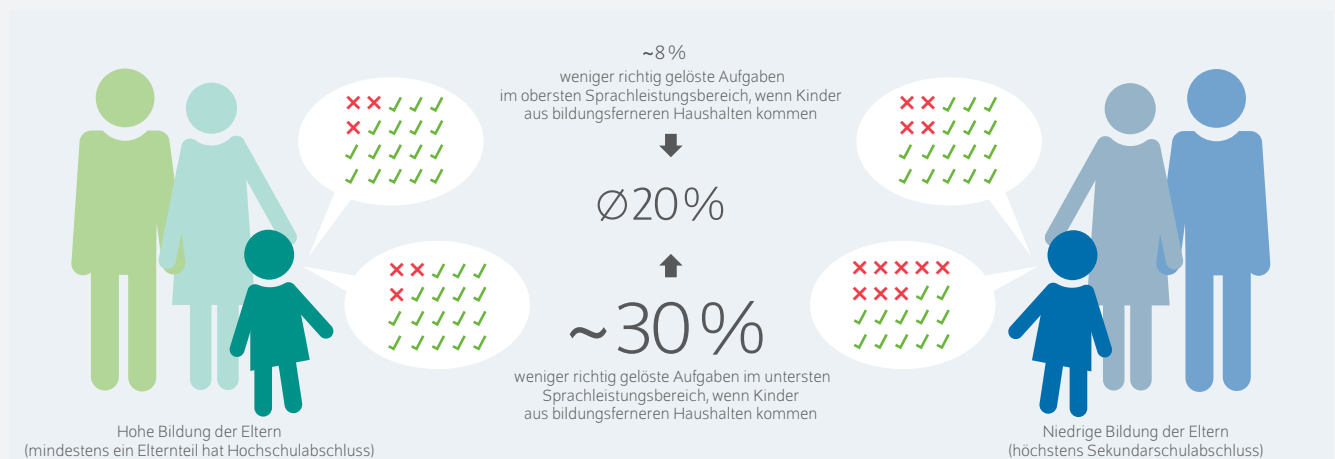
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Sprachkompetenz von Kindern: Unterschied nach Bildung der Eltern im unteren Leistungsbereich besonders groß

Von Ludovica Gambaro, Tobias Linberg und Frauke Peter

- Studie untersucht auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS) Sprachkompetenzen von vier bis fünf Jahre alten Kindern nach Bildungsabschluss der Eltern
- Kinder mit niedrig gebildeten Eltern liegen im untersten Sprachleistungsbereich deutlich weiter hinter Akademikerkindern zurück als im obersten Leistungsbereich
- Da bisher meist nur durchschnittliche Unterschiede in den Sprachkompetenzen verglichen wurden, blieb dieses Ungleichheitsmuster verborgen
- Förderprogramme zum Spracherwerb, in die jährlich mehrere Millionen Euro fließen, sollten noch gezielter auf leistungsschwache Kinder aus bildungsfernen Familien ausgerichtet werden

Unterschiede in der Sprachkompetenz nach Bildung der Eltern sind im untersten Leistungsbereich deutlich größer – Betrachtung des Durchschnitts greift zu kurz



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Data Version SC2: 5.1.0.

© DIW Berlin 2019

ZITAT

„Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass eine einheitliche Lösung, die Kinder aus allen Familien schon früh von einer sprachlichen Bildung und Förderung profitieren lässt und gleiche Startchancen bietet, kaum möglich ist. Die Politik sollte deshalb darüber nachdenken, die Sprachförderung gezielter auf bestimmte Gruppen auszurichten.“

— Frauke Peter —

DATEN

Die für die Studie verwendeten **NEPS-Daten** umfassen fast 2 000 Kinder, deren Sprachtest-ergebnisse und Angaben ihrer Eltern, unter anderem zum höchsten Bildungsabschluss.

Sprachkompetenz von Kindern: Unterschied nach Bildung der Eltern im unteren Leistungsbereich besonders groß

Von Ludovica Gambaro, Tobias Linberg und Frauke Peter

ABSTRACT

Sprachliche Fähigkeiten unterscheiden sich bei Kindern im Alter von vier bis fünf Jahren mitunter deutlich nach der Bildung der Eltern. Die meisten bisherigen Studien – und damit auch viele bildungspolitische Maßnahmen – orientierten sich mit Blick auf die Sprachkompetenzwerte am Durchschnitt innerhalb der verschiedenen Bildungsgruppen. Dieser Bericht zeigt, dass dies zu kurz greift und mögliche Ungleichheitsmuster im Verborgenen bleiben. Als einer von wenigen untersucht er die Verteilung der Sprachkompetenzen detaillierter. Dabei zeigt sich auf Basis von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS), dass die Unterschiede nach der Bildung der Eltern im unteren Sprachleistungsbereich deutlich größer sind. Kinder mit niedrigerem Bildungshintergrund sind also stärker benachteiligt und müssen sehr viel mehr aufholen als bisher gedacht. Die Ergebnisse sind insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass jährlich mehrere Millionen Euro in Förderprogramme zum Spracherwerb fließen. Um Unterschiede nach der Bildung der Eltern zu reduzieren, sollten Programme so ausgestaltet sein, dass leistungsschwächere Kinder aus bildungsferneren Familien deutlich gezielter unterstützt werden.

Sprache ist ein Türöffner zu gesellschaftlicher Teilhabe. Sprache ist aber auch ein Mittel, um Wissen zu erwerben und zu vermitteln. Damit beeinflusst Sprache von Beginn an Bildungschancen und -erfolge von Menschen und entscheidet mit über den Lebensweg.

Sprachlichen Fähigkeiten wird im Bildungsprozess eine Schlüsselfunktion zugewiesen, da Wissensvermittlung und Lernen in der Regel auf Sprache basieren – selbst in Schulfächern wie Mathematik oder Physik. Darüber hinaus sind sprachliche Kompetenzen eng mit anderen schulerfolgsrelevanten Kompetenzen, beispielsweise mit der Gedächtnisleistung und der Selbststeuerung, verbunden.¹ Frühe Defizite in den sprachlichen Fähigkeiten sind daher mit ernst- und dauerhaften Folgen verknüpft. Diese betreffen die spätere Entwicklung wie auch das Einkommen im Lebensverlauf oder die berufliche Stellung.²

Die Entwicklung sprachlicher Fähigkeiten hängt dabei auch vom Umfeld eines Kindes ab. Das gilt insbesondere für den Wortschatz, aber auch für die Grammatik. Das familiäre Lernumfeld kann sich beispielsweise beim (täglichen) Vorlesen und der zu Hause gesprochenen Sprache sowie in den Ressourcen – dazu zählen etwa das Haushaltseinkommen sowie der Bildungsabschluss oder Erwerbsstatus der Eltern – unterscheiden. Kinder bekommen also von Anfang an unterschiedliche Anregungen für die Entwicklung ihrer sprachlichen Fähigkeiten.³ Der aktuelle Bildungsbericht zeigt für Deutschland, dass im Jahr 2015 – wie auch schon im Jahr 2011 – etwa ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in der

¹ Vgl. beispielsweise Monique Sénéchal, Gene Ouellette und Donna Rodney (2006): The Misunderstood Giant: On the Predictive Role of Early Vocabulary to Future Reading. In: David K. Dickinson und Susan B. Neuman (Hrsg.): *Handbook of Early Literacy Research*, Vol. 2. New York, 173–182; oder Sabine Weinert (2008): Wie Sprache das Denken, Lernen und Wissen von Kindern beeinflusst. In: Hildegard Rieder-Aigner (Hrsg.): *Zukunftshandbuch Kindertageseinrichtungen/Bildungsarbeit im Mittelpunkt*. Regensburg, 1–16.

² Vgl. Karl L. Alexander, Doris R. Entwisle und Linda Steffel Olson (2007): Lasting Consequences of the Summer Learning Gap. *American Sociological Review* 72, 167–180 (online verfügbar); Flavio Cunha et al. (2006): Interpreting the Evidence on Life Cycle Skill Formation. In: Eric A. Hanushek und Finis Welch (Hrsg.): *Handbook of the Economics of Education* 1, 697–812; James J. Heckman und Dimitriy V. Masterov (2007): The productivity Argument for Investing in Young Children. *Review of Agricultural Economics* 29, 446–493; oder Peter F. de Jong und Paul P. M. Leseman (2001): Lasting Effects of Home Literacy on Reading Achievement in School. *Journal of School Psychology* 39, 389–414.

³ Vgl. Anja Linberg, Jan-David. Freund und Daniel Mann (2017): Bedingungen sensibler Mutter-Kind-Interaktionen. In: Heike Wadepohl et al. (Hrsg.): *Interaktionsgestaltungen in Familie und Kindertagesbetreuung*. Wiesbaden, 27–52.

vierten Jahrgangsstufe die Regelstandards der Kultusministerkonferenz im Bereich Lesekompetenz nicht erreichten.⁴

Durch die zentrale Rolle der Sprachkompetenz sind der Spracherwerb und die mit ihm verbundenen Bildungshintergrundunterschiede auch ein wichtiger Fokus früher bildungs- und familienpolitischer Maßnahmen. So wird gleich in zwei Bundesprogrammen des Familienministeriums der Erwerb von Sprache in den Fokus gerückt: „Sprach-Kitas“⁵ und „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“.⁶ Jahr für Jahr werden mehrere Millionen Euro in die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten investiert. Auch im sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ ist sprachliche Bildung einer von zehn Ansatzpunkten.⁷

Sprachkompetenzen von Kindern unterscheiden sich nach häuslichem Umfeld

Auch wenn der Spracherwerb sehr früh beginnt und in der Regel in den ersten sechs Lebensjahren erfolgt⁸, kommt es nicht nur auf das häusliche Umfeld an. Nicht zuletzt durch den Kita-Ausbau und den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr ist in den vergangenen Jahren ein weiterer relevanter Ort für den Spracherwerb hinzugekommen. Dieser scheint vor allem für Kinder wichtig, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Allerdings hängt der frühe Kita-Besuch – genau wie die Entwicklung sprachlicher Fähigkeiten – nach wie vor stark vom Elternhaus ab.⁹ Beispielsweise besuchen Kinder im Alter von unter drei Jahren, deren Eltern beide erwerbstätig sind, keinen Migrationshintergrund haben und über ein höheres Einkommen verfügen, mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Kita.¹⁰

Dieselben Merkmale sind auch wichtige Erklärungsfaktoren für Unterschiede in der Sprachkompetenz von Kindern.¹¹ Fünfjährige, deren Eltern einen niedrigeren Bildungsabschluss haben, erreichen im Durchschnitt einen geringeren Wert im Sprachkompetenztest als Kinder, deren Eltern

einen höheren Bildungsabschluss haben.¹² Diese Lücke in der Sprachkompetenz lässt sich zu einem guten Teil durch Faktoren wie Muttersprache, Haushaltseinkommen oder sprachbezogene Aktivitäten, etwa dass die Eltern täglich vorlesen, erklären.

Mittelwert blendet die Streuung innerhalb der Bildungshintergrundgruppen aus

In der Forschung werden diese Unterschiede in der Regel für die Mittelwerte der verschiedenen Merkmale geschätzt. Klar ist, dass auch einige Kinder aus Familien mit höherem Bildungshintergrund im unteren Leistungsbereich der Sprachkompetenz liegen beziehungsweise Kinder aus Familien mit niedrigerem Bildungshintergrund hohe Leistungen erzielen. Allerdings wird bei Anwendung mittelwertbasierter Verfahren implizit angenommen, dass die Abweichungen vom Mittelwert (also die Streuung) für alle Bildungshintergrundgruppen gleich sind. Ist das nicht der Fall, bleibt im Verborgenen, wie sich die untersuchten Sprachkompetenzungleichheiten im Detail darstellen. So kann es sein, dass die Kompetenzunterschiede nach elterlichem Bildungshintergrund nicht gleich verteilt sind, sondern sich vor allem im unteren Leistungsbereich zeigen. Andersherum könnte es die größere Lücke auch im oberen Bereich der Kompetenzverteilung geben. Je nachdem, was zutrifft, ergäben sich unterschiedliche Schlussfolgerungen: Um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen, müssten Interventionen im ersten Fall dafür sorgen, dass Kinder aus bildungsferneren Familien mit ohnehin schon schlechten Kompetenzwerten nicht noch weiter den Anschluss verlieren beziehungsweise bei der Sprachkompetenz aufholen. Im zweiten Fall, wenn die Unterschiede in der Sprachkompetenz also im oberen Leistungsbereich besonders groß ausfallen, müsste eine effektive Intervention insbesondere auch auf Kinder abzielen, die innerhalb ihrer niedrigeren Bildungshintergrundgruppe zu den Besten gehören.

Studien zur Verteilung der Sprachkompetenz bisher eher selten

Zunehmend werden in bildungswissenschaftlichen Studien nicht nur Mittelwerte betrachtet, um die Unterschiede in der kindlichen Entwicklung im Zusammenhang mit dem familiären Umfeld zu analysieren.¹³ Beispielsweise erlauben Quantilsregressionsanalysen, den Zusammenhang des elterlichen Bildungsabschlusses entlang der gesamten Verteilung der Sprachkompetenz zu untersuchen (Kasten 1).¹⁴

⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Kapitel D8 (online verfügbar; abgerufen am 9. April 2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

⁵ Für „Sprach-Kitas“ wurden im Jahr 2017 150 Millionen Euro mehr pro Jahr festgesetzt. So stellt der Bund in den Jahren 2017 bis 2020 600 Millionen Euro bereit, vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ (online verfügbar).

⁶ Die Bund-Länder-Initiative zur Sprachförderung, „BISS“, ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK). Sie wird wissenschaftlich ausgestaltet und evaluiert. Finanziert werden in dieser Bund-Länder-Initiative zur Sprachförderung seit dem Programmstart im Jahr 2013 bis Ende 2019 rund 4,3 Millionen Euro jährlich. Vgl. Steuerungsgruppe Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich (2012): Programmskizze: Bildung durch Sprache und Schrift (online verfügbar).

⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Das Gute-Kita-Gesetz – Mehr Qualität und weniger Gebühren (online verfügbar).

⁸ Vgl. Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2014): Socialisation in Early Childhood – Biological, psychological, linguistic, sociological and economic perspectives.

⁹ Vgl. Jonas Jessen et al. (2018): Kita-Besuch hängt trotz ausgeweitetem Rechtsanspruch noch immer vom Familienhintergrund ab. DIW Wochenbericht Nr. 38, 803–813 (online verfügbar).

¹⁰ Vgl. Jessen et al. (2018), a. a. O.

¹¹ Vgl. Tobias Linberg et al. (2019): Socioeconomic status gaps in child cognitive development in Germany and the United States. Social Science Research 79, 1–31.

¹² Vgl. Linberg et al. (2019), a. a. O.

¹³ Vgl. James Law et al. (2018): Early Home Activities and Oral Language Skills in Middle Childhood: A Quantile Analysis. Child Development 89 (1), 295–309; Tobias Linberg (2017): Kind und Kontext: Häusliche Lernumwelt und soziale Ungleichheiten im vorschulischen Sprachstand; Tobias Linberg und Sebastian E. Wenz (2017): Ausmaß und Verteilung sozio-ökonomischer und migrationspezifischer Ungleichheiten im Sprachstand fünfjähriger Kindergartenkinder. Journal for Educational Research Online, 9 (1), 77–98 (online verfügbar); und Edward B. Reeves und Jesse Lowe (2009): Quantile regression: An Education Policy Research Tool. Southern Rural Sociology, 24 (1), 175–199.

¹⁴ Vgl. Stephen R. Porter (2015): Quantile Regression: Analyzing Changes in Distributions Instead of Means. In: Michael B. Paulsen (Hrsg.): Higher Education: Handbook of Theory and Research, 335–381; Yacov Petscher und Jessica A. R. Logan (2014): Quantile Regression in the Study of Developmental Sciences. Child Development, 85 (3), 861–881; Sebastian E. Wenz (2018): What Quantile Regression Does and Doesn't Do: A Commentary on Petscher and Logan (2014). Child Development.

Kasten 1

Methode

Betrachtet man die Sprachkompetenzen von Kindern im Alter von vier bis fünf Jahren getrennt nach elterlichem Bildungshintergrund, zeigen sich nicht nur Unterschiede im Mittelwert, sondern auch in der Streuung (in der Standardabweichung). Aufgrund der unterschiedlichen Streuung der Sprachkompetenzen können Bildungshintergrundunterschiede durch einen reinen Mittelwertvergleich verborgen bleiben. Daher wird im vorliegenden Bericht eine unkonditionale Quantilsregressionsanalyse angewendet.

Unkonditionale Quantilsregressionen ermöglichen eine Betrachtung möglicher Unterschiede aufgrund des elterlichen Bildungshintergrunds entlang der Verteilung der Sprachkompetenz. Im Gegensatz zur Methode der Kleinsten-Quadrate-Schätzer (OLS) wird nicht der Durchschnittswert abhängig vom höchsten elterlichen Bildungsabschluss geschätzt, sondern die Position eines Kindes in der Verteilung der Sprachkompetenzen berücksichtigt. Anders als bei der Anwendung mittelwertbasierter Verfahren bleiben potentielle Ungleichheitsmuster, die auf Bildungshintergrundunterschieden in den Streuungen der Sprachkompetenzen basieren, nicht länger im Verborgenen.

Für die Analysen wird der Zusammenhang des elterlichen Bildungsabschlusses mit den sprachlichen Fähigkeiten von Kindern

im Alter von vier bis fünf Jahren an verschiedenen Stellen der Verteilung der Sprachkompetenztests der Startkohorte 2 des Nationalen Bildungspanels (NEPS) geschätzt. Die Sprachkompetenzvariable ist dabei eine *Recentered Influence Function* (RIF).¹ Damit können Veränderungen an einem bestimmten Quantil der Sprachkompetenzverteilung für die jeweils beobachteten Merkmale, im vorliegenden Bericht vor allem für den Bildungsabschluss der Eltern, untersucht werden. Für die Bestimmung des Zusammenhangs beispielsweise mit der elterlichen Bildung kommt an einem bestimmten Quantil dieser RIF der Sprachkompetenzvariable ein Kerndichteschätzer zum Einsatz. Durch diesen Schätzer wird sozusagen ein bestimmter Bereich um das jeweilige Quantil bestimmt. Mittels dieser unkonditionalen Quantilsregressionen kann also beispielsweise der Zusammenhang der elterlichen Bildung mit den Sprachkompetenzen der Kinder am zehnten Perzentil der Sprachkompetenzverteilung analysiert werden. Nach demselben Vorgehen ist eine weitere Analyse für Kinder an weiteren Quantilen der Verteilung möglich.

¹ Vgl. für diese Methode Sergio Firpo, Nicole M. Fortin und Thomas Lemieux (2009): Unconditional Quantile Regressions. *Econometrica*, 77 (3), 953–973; Bijan J. Borah und Anirban Basu (2013): Highlighting differences between conditional and unconditional quantile regression approaches through an application to assess medication adherence. *Health economics*, 22 (9), 1052–1070.

Diese Methode wurde bisher hauptsächlich in ökonomischen Studien angewendet und eher selten in bildungswissenschaftlichen Analysen.¹⁵ Einige wenige bildungswissenschaftliche Studien untersuchen jedoch sprachliche und mathematische Kompetenzen anhand von Quantilsregressionsanalysen und zeigen beispielsweise, dass die Unterschiede in Deutschland im unteren Leistungsbereich größer sind und in den USA eher im oberen Leistungsbereich.¹⁶

Die vorliegende Studie¹⁷ analysiert daher, welche Unterschiede sichtbar werden, wenn sie mittels Quantilsregressionen differenziert entlang der Verteilung der Sprachkompetenz betrachtet werden. In den Analysen wird also nicht der Durchschnitt der Sprachkompetenzwerte von Kindern nach unterschiedlichen elterlichen Bildungshintergründen betrachtet, sondern in den jeweiligen Bildungshintergrundgruppen entlang der Sprachkompetenzverteilung untersucht. Dies ermöglicht es, Unterschiede in den sprachlichen Kompetenzen von Kindern nach elterlichem

Bildungshintergrund an verschiedenen Stellen der Kompetenzverteilung zu untersuchen. Die vorliegenden Analysen basieren auf Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS)¹⁸ von Kindern im Alter von vier bis fünf Jahren, die eine Kindertageseinrichtung besuchen (Kasten 2).

Sprachkompetenzunterschiede nach elterlichem Bildungshintergrund variieren in den Leistungsbereichen

Kinder unterscheiden sich in den kognitiven, sprachlichen und auch sozialen und emotionalen Fähigkeiten bereits früh nach dem Bildungshintergrund der Eltern, dem Migrationshintergrund oder dem Haushaltseinkommen.¹⁹ In diesem Bericht hat ein Kind einen niedrigeren sozioökonomischen Hintergrund, wenn der höchste elterliche Bildungsabschluss maximal ein Sekundarschulabschluss ist. Die weiteren Kategorien sind mittel und hoch, wobei mittel einen Sekundarschulabschluss und einen beruflichen Abschluss umfasst und ein hoher sozioökonomischer Hintergrund angibt, dass mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat (Kasten 2). Mit Blick auf die sprachlichen Fähigkeiten im Alter von vier bis fünf Jahren bestätigt sich für Deutschland,

¹⁵ Vgl. unter anderem Roger Koenker und Kevin F. Hallock (2001): Quantile Regression. *Journal of Economic Perspectives*, 15 (4), 143–156; Pedro Martins und Pedro Pereira (2004): Does Education Reduce Wage Inequality? Quantile Regression Evidence from 16 Countries. *Labour Economics*, 11 (3), 355–371; Peterscher und Logan (2014), a. a. O.

¹⁶ Vgl. Andrew M. Penner und Marcel Paret (2008): Gender Differences in Mathematics Achievement: Exploring the Early Grades and the Extremes. *Social Science Research*, 37 (1), 239–253; sowie Linberg und Wenz (2017), a. a. O.

¹⁷ Die AutorInnen danken dem College for Interdisciplinary Educational Research (CIDER), das diese Untersuchung mitfinanziert hat. Die vorliegenden Analysen beruhen auf Ludovica Gambaro, Tobias Linberg und Frauke Peter (2018): Early Inequalities in Language Skills at Age 5 in Germany and the United States: Looking beyond the Mean (Mimeo).

¹⁸ Vgl. Hans-Peter Blossfeld, Hans-Günther Rossbach und Jutta von Maurice (2011): Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Sonderheft 14.

¹⁹ Vgl. unter anderem Georg Camehl und Frauke Peter (2017): Je höher die Kita-Qualität, desto höher das prosoziale Verhalten von Kindern. *DIW Wochenbericht* Nr. 51+52, 1197–1204 (online verfügbar); und Linberg et al. (2019), a. a. O.

Kasten 2

Daten

Die Analysen basieren auf Daten der Startkohorte 2 des Nationalen Bildungspanels (NEPS).¹ Das NEPS ist eine große, bundesweite Multikohorten-Wiederholungsbefragung mit mehr als 60 000 Personen in unterschiedlichen Lebensphasen in Deutschland.² Die Startkohorte 2 umfasst eine Stichprobe von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Alter von vier bis fünf Jahren und unter anderem deren Testergebnisse von Sprachkompetenzmessungen. Diese wurden vor dem Schuleintritt durchgeführt und sind derart konzipiert, dass Kinder nicht sprechen müssen, sondern die Aufgaben durch Zeigen lösen können.³ Die Tests erfassen unter anderem den Wortschatz und das Grammatikverständnis der Kinder, indem diese bis zu 77 Wortschatzaufgaben und bis zu 48 Grammatikaufgaben lösen müssen. Der im Bericht genutzte Indikator für sprachliche Kompetenzen summiert dabei die in Prozent erfassten richtig gelösten Aufgaben zum Wortschatz und die in Prozent richtig gelösten Aufgaben zur Grammatik. Für die Quantilsregressionsanalysen wurde die Sprachkompetenz dann standardisiert und weist einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 auf. In der hier untersuchten Stichprobe werden im Durchschnitt 65 Prozent aller Aufgaben zu Wortschatz und Grammatik richtig beantwortet. Die Streuung (für die die Standardabweichung ein gängiger Indikator ist) in der Sprachkompetenz beträgt in der Stichprobe 15 Prozent weniger oder mehr richtig gelöste Aufgaben.

Die Daten zum sozioökonomischen Hintergrund, die den Analysen zu Grunde liegen, gehen auf Befragungen der Eltern zurück. Diese haben Fragen zu Bildungsabschlüssen, Herkunft, Einkommen, aber auch zu sprachbezogenen Aktivitäten, zum Beispiel Vorlesen, und zur Anzahl der Bücher im Haus beantwortet. Um den sozioökonomischen Hintergrund eines Kindes abzubilden, können grundsätzlich unterschiedliche Informationen genutzt werden, beispielsweise Einkommen, beruflicher Status oder Bildungsabschlüsse. Die vorliegende Untersuchung nutzt *den elterlichen Bildungsabschluss* als Indikator für den sozioökonomischen Hintergrund. Dieser ist nicht nur ein Indikator für familiäre Ressourcen und sprachliche Anregungen, sondern hängt auch mit elterlichen Einstellungen und Ansichten zusammen. Darüber hinaus ist der höchste Bildungsabschluss der Eltern in Familien mit jüngeren Kindern in der Regel stabiler als das Einkommen oder der berufliche Status.⁴

Um die Sprachkompetenzen nach elterlichem Bildungshintergrund zu analysieren, wird der höchste elterliche Bildungsabschluss in drei Kategorien unterteilt: niedrig, mittel und hoch. Die erste Kategorie umfasst Familien, in denen Eltern nicht mehr als einen Sekundarschulabschluss haben. In der mittleren Kategorie sind Eltern enthalten, die einen Sekundarschulabschluss und einen beruflichen Abschluss haben und in die dritte Gruppe sind Familien eingestuft, in denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat. In der untersuchten Stichprobe leben 29 Prozent der Kinder in Familien mit einem hohen Bildungsabschluss und 17 Prozent in Familien mit einem niedrigen Bildungsabschluss.

Zunächst werden die Mittelwerte der Sprachkompetenztestergebnisse in der gesamten Stichprobe und dann getrennt für die Gruppen nach elterlichem Bildungsabschluss betrachtet. Dabei zeigt sich nicht nur, dass der Mittelwert in der Gruppe der Kinder mit niedriger elterlicher Bildung geringer ausfällt als in der Gruppe, in der mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat. Auch die Streuung (Standardabweichung) unterscheidet sich deutlich: Sie ist bei Kindern aus weniger gebildeten Elternhäusern viel größer als bei Kindern aus akademisch gebildeten Familien (Tabelle).

Tabelle

Unterschiede in der Sprachkompetenz von Kindern nach Bildung der Eltern

	Sprachkompetenz (standardisiert)	
	Mittelwert	Standardabweichung
<i>Bildungsabschluss der Eltern</i>		
Niedrig	–0,71	1,08
Mittel	–0,00	0,96
Hoch	0,46	0,73

Anmerkung: N = 1 985. „Standardisiert“ bedeutet, dass der Mittelwert 0 ist und die Standardabweichung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Data Version SC2: 5.1.0.

© DIW Berlin 2019

¹ Diese Arbeit nutzt Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS): Startkohorte Kindergarten. DOI: 10.5157/NEPS:SC2:5.1.0 (online verfügbar). Die Daten des NEPS wurden von 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung erhoben, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Seit 2014 wird das NEPS vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LIbI) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit einem deutschlandweiten Netzwerk weitergeführt.

² Vgl. auch Hans-Peter Blossfeld, Hans-Günther Rossbach und Jutta von Maurice (2011): Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 14.

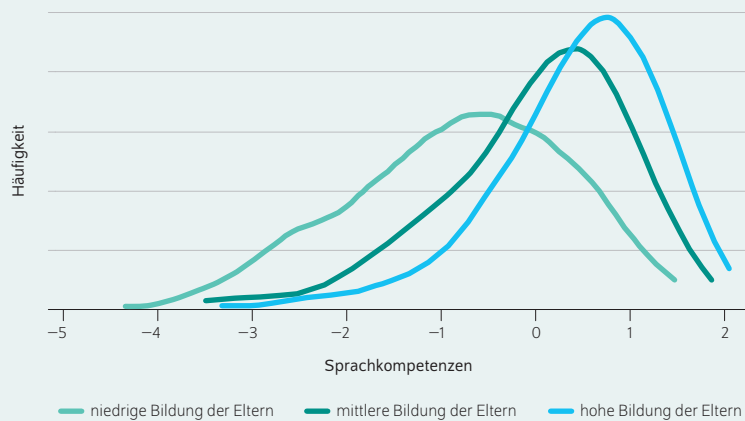
³ Lloyd M. Dunn und Douglas M. Dunn (2004): Peabody Picture Vocabulary Test (PPVT). Deutsche Version; sowie Lloyd M. Dunn und Douglas M. Dunn (1981): Peabody Picture Vocabulary Test – Revised (PPVT-R).

⁴ Bruce Bradbury et al. (2015): Too many children left behind: The US achievement gap in comparative perspective. Russell Sage Foundation.

Abbildung

Verteilung der Sprachkompetenz von Kindern nach Bildung der Eltern

In Standardabweichungen (Abweichungen vom Mittelwert)



Lesebeispiel: Die Streuung (Standardabweichung), also die Abweichung vom Durchschnitt, ist in der Gruppe der Kinder mit niedriger Bildung der Eltern am größten. Gleichzeitig sind die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen im unteren Sprachleistungsbereich größer als im oberen Leistungsbereich.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Data Version SC2: 5.1.0.

© DIW Berlin 2019

Kinder aus bildungsfernen Haushalten schneiden bei Sprachkompetenztests häufig schlechter ab.

dass die Verteilung eine größere Streuung (Standardabweichung) aufweist für Kinder, deren Eltern einen niedrigeren Bildungsabschluss haben (Abbildung). Durch diese Unterschiede in der Verteilung der sprachlichen Fähigkeiten nach elterlichem Bildungshintergrund wird deutlich, dass die Bildungshintergrundlücke im unteren Leistungsbereich sehr viel größer ist als im oberen Leistungsbereich. Das heißt, Kinder aus bildungsferneren Familien erreichen ebenfalls hohe Kompetenzwerte, wie Kinder aus Familien mit hohem Bildungsabschluss, sie verbleiben aber deutlich häufiger im unteren Kompetenzbereich, wo Kinder aus akademisch gebildeten Familien deutlich seltener zu finden sind.²⁰

Sprachkompetenzunterschiede sind im unteren Leistungsbereich größer

Wie zuvor gezeigt, unterscheidet sich die Sprachkompetenz im Mittelwert und in der Streuung (Standardabweichung) je nach elterlichem Bildungshintergrund. Es gibt in allen drei Bildungsgruppen sowohl Kinder mit sehr wenigen richtig gelösten Aufgaben im Sprachkompetenztest als auch Kinder mit sehr vielen richtig beantworteten Aufgaben.

Neben den Unterschieden in der Verteilung der Sprachkompetenzen innerhalb einer Bildungshintergrundgruppe gibt es darüber hinaus in den unterschiedlichen Leistungsbereichen auch Lücken zwischen Kindern aus den drei Bildungsgruppen. Kinder aus akademisch gebildeten Familien erzielen dabei auch im untersten Leistungsbereich um zwei Standardabweichungen höhere Werte als Kinder mit niedrigerem Bildungshintergrund (Tabelle 1). Dies entspricht einem Unterschied von etwa 30 Prozent weniger richtig gelösten Aufgaben im Sprachkompetenztest für Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren. In dem Test können Kinder bis zu 77 Wortschatzaufgaben und 48 Grammatikaufgaben lösen. Im Mittel werden in der untersuchten Stichprobe insgesamt 65 Prozent aller Wortschatz- und Grammatikaufgaben richtig gelöst (Kasten 2). Im obersten Leistungsbereich beträgt der Unterschied in der Sprachkompetenz zwischen Kindern mit niedrigerem und höherem Bildungshintergrund nur eine halbe Standardabweichung oder ungefähr acht Prozent weniger richtig gelöste Aufgaben im Sprachkompetenztest. Demzufolge benötigen vor allem Kinder aus bildungsferneren Familien mit schwächeren sprachlichen Fähigkeiten Unterstützung, damit sie die großen Abstände – innerhalb und zwischen den Bildungshintergrundgruppen – verringern können.

Sprachkompetenzunterschiede im unteren Leistungsbereich bleiben eher bestehen

Es stellt sich die Frage, inwieweit die Bildungshintergrundlücken in den unterschiedlichen Leistungsbereichen der Sprachkompetenzen aufgrund weiterer beobachtbarer Merkmale, beispielsweise kognitiver Fähigkeiten, Haushaltseinkommen, Migrationshintergrund oder auch sprachbezogener Aktivitäten in der Familie, verringert werden können.

Tabelle 1

Zusammenhang des höchsten Bildungsabschlusses der Eltern mit der Sprachkompetenz ihrer Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren

	Sprachkompetenz im Alter von vier bis fünf Jahren					
	Mittelwert-regression (OLS)	Quantil 10 (leistungsschwächste Gruppe)	Quantil 25	Quantil 50	Quantil 75	Quantil 90 (leistungsstärkste Gruppe)
Bildungsabschluss der Eltern (Referenz: Niedrig)						
Mittel	0,87***	1,83***	1,38***	0,70***	0,35***	0,21***
Hoch	1,34***	2,34***	1,97***	1,17***	0,82***	0,54***
Merkmale des Kindes						
Alter in Monaten (standardisiert)	0,23***	0,33***	0,28***	0,22***	0,22***	0,17***
Geschlecht (1=Junge)	-0,01	0,01	-0,01	-0,04	-0,01	0,01
R ²	0,24	0,11	0,15	0,14	0,13	0,07
N	1985	1985	1985	1985	1985	1985

Anmerkung: Die Analysen schätzen die Sprachkompetenzergebnisse an unterschiedlichen Punkten der Verteilung. Das Quantil 10 betrachtet beispielsweise Kinder am zehnten Perzentil der Sprachkompetenzverteilung. Das Alter der Kinder ist in Monaten erhoben und wurde standardisiert, sodass der Mittelwert bei 0 liegt und die Standardabweichung bei 1. ***, **, * gibt die Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau an.

Lesebeispiel: Kinder aus akademisch gebildeten Familien erzielen im Sprachkompetenztest im untersten Leistungsbereich um zwei Standardabweichungen höhere Werte als Kinder mit niedrigerem Bildungshintergrund. Je höher die Sprachkompetenzen der Kinder, desto geringer ist der Unterschied nach der Bildung der Eltern.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Data Version SC2: 5.1.0.

© DIW Berlin 2019

²⁰ Siehe auch Linberg (2017), a. a. O. oder Linberg und Wenz (2017), a. a. O.

Möglich wäre, dass sich der Abstand zwischen Kindern, deren Eltern nicht mehr als einen Sekundarschulabschluss haben, und Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, verkleinert, wenn man diese beobachtbaren Merkmale beim Vergleich berücksichtigt.

Daher wird im Folgenden mithilfe des unkonditionalen Quantilsregressionsverfahrens²¹ unter schrittweiser Hinzunahme relevanter Erklärungsfaktoren für den Spracherwerb die elterliche Bildungshintergrundlücke im jeweiligen Sprachkompetenzbereich berechnet. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die erzielten Sprachkompetenzwerte im untersten Leistungsbereich auch nach Hinzunahme der beobachtbaren Merkmale nach dem Bildungshintergrund der Eltern unterscheiden (Tabelle 2). Kinder aus bildungsferneren Familien erzielen in diesem Leistungsbereich auch dann noch Leistungen, die um fast eine Standardabweichung schwächer sind als bei Kindern aus akademisch gebildeten Familien, wenn alle Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden (Tabelle 2, Modell 4). Dennoch verkleinert sich die Bildungshintergrundlücke in der Sprachkompetenz für Kinder im untersten Leistungsbereich im Verhältnis stärker als für Kinder im obersten Leistungsbereich. Im unteren Leistungsbereich (Quantil 10) verringert sich der Unterschied durch die Hinzunahme der erwähnten Erklärungsfaktoren um eine Standardabweichung. Dadurch halbiert sich die Lücke zu vorher und Kinder mit niedrigerem elterlichem Bildungshintergrund lösen im Sprachkompetenztest „nur“ noch ungefähr 15 Prozent der Aufgaben weniger richtig als Kinder aus akademisch gebildeten Familien. Im obersten Leistungsbereich (Quantil 90) reduziert sich der Unterschied auf etwa ein Viertel einer Standardabweichung (ohne Tabelle). Das entspricht ebenfalls einem halbierten Unterschied von ungefähr vier Prozent nicht richtig gelöster Aufgaben im Kompetenztest.

Fazit: Für ein genaues Bild und zielgerichtete Maßnahmen sollten nicht nur Mittelwerte betrachtet werden

Viele bisherige Studien, die Unterschiede in den Sprachkompetenzen nach der Bildung der Eltern untersuchten, fokussierten in der Regel auf Durchschnitte innerhalb der Bildungsgruppen. Damit nahmen sie implizit an, dass Abweichungen vom Mittelwert, also die Streuung, für alle Gruppen gleich sind. Das ist jedoch nicht der Fall, wie dieser Wochenbericht zeigt. Denn in Wirklichkeit sind Kinder mit niedrigerem Bildungshintergrund im unteren Sprachleistungsbereich stärker benachteiligt und müssen mehr aufholen als bisher durch die Mittelwertbetrachtung angenommen. So wird deutlich, dass sich Kinder in dieser Gruppe auch untereinander unterscheiden und ihre (schlechteren) Leistungen mitunter deutlich variieren. Dieses Ergebnis unterstreicht, wie wichtig eine differenzierte Betrachtung der Sprachkompetenzen abseits der Durchschnittswerte ist, da mögliche Ungleichheitsmuster sonst im Verborgenen bleiben.

Tabelle 2

Zusammenhang beobachtbarer Merkmale mit der Sprachkompetenz von Kindern in der leistungsschwächsten Gruppe (Quantil 10)

Regressionskoeffizienten; Veränderungen in Standardabweichungen

	Sprachkompetenz im Alter von vier bis fünf Jahren der leistungsschwächsten Gruppe (Quantil 10)				
	Model 0	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
<i>Bildungsabschluss der Eltern (Referenz: Niedrig)</i>					
Mittel	1,83***	1,73***	1,44***	1,27***	0,88***
Hoch	2,34***	2,20***	1,58***	1,43***	0,98***
Alter in Monaten (standardisiert)	0,33***	0,24***	0,26***	0,26***	0,24***
Geschlecht (1=Junge)	0,01	0,11	0,091	0,083	0,053
Wahrnehmungsgeschwindigkeit Kognitionstest (standardisiert)		0,30***	0,29***	0,28***	0,31***
Numerischer Kognitionstest (standardisiert)		0,18**	0,17**	0,15**	0,14**
Sprachanregung zu Hause (standardisiert)			0,086	0,1	0,096
Anzahl der Bücher zu Hause (standardisiert)			0,31***	0,29***	0,17*
Kita-Eintrittsalter in Monaten (standardisiert)			-0,11*	-0,056	-0,021
logarithmiertes Haushaltseinkommen (in Tausend, standardisiert)				0,045	0,046
Unterstes Einkommensquantil				-0,62**	-0,44*
<i>Anzahl der Geschwister</i>					
Ein Geschwisterkind				-0,0036	0,0056
Zwei Geschwisterkinder				-0,29	-0,24
Drei oder mehr Geschwisterkinder				-0,38	-0,39
Kind lebt mit beiden Elternteilen zusammen				-1,10***	-0,80***
Mutter ist erwerbstätig				0,057	-0,027
Mindestens ein Elternteil wurde im Ausland geboren					-0,67***
Zu Hause wird andere Sprache als Deutsch gesprochen					-2,00***
R ²	0,11	0,13	0,14	0,16	0,24
N	1985	1985	1985	1985	1985

Anmerkung: „Standardisiert“ bedeutet, dass der Mittelwert 0 ist und die Standardabweichung 1. Die angegebenen Koeffizienten sind also als Anteile in Standardabweichungen zu verstehen. ***, **, * gibt die Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau an.

Lesbeispiel: Kinder aus bildungsferneren Familien erzielen im untersten Sprachleistungsbereich auch dann noch Leistungen, die um fast eine Standardabweichung schwächer sind als bei Kindern aus akademisch gebildeten Familien, wenn weitere mögliche Erklärungsfaktoren für die Sprachkompetenz berücksichtigt werden. Der Unterschied halbiert sich jedoch.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Data Version SC2: 5.1.0.

© DIW Berlin 2019

Das ist besonders vor dem Hintergrund staatlicher Programme und Initiativen, die den Spracherwerb fördern und Unterschiede nach der Bildung der Eltern reduzieren sollen, und den dafür getätigten Ausgaben relevant. Anhand der vorliegenden Ergebnisse wird deutlich, dass eine einheitliche Lösung, die Kinder aus allen Familien schon früh von einer sprachlichen Bildung und Förderung profitieren lässt und dadurch gleichere Startchancen bietet, kaum möglich ist. Es wäre wünschenswert, weiterhin und noch verstärkt niedrigschwellige Angebote auszubauen, die auch über den Zugang zu „Sprach-Kitas“ und andere sprachbezogene Programme aufklären und informieren. Angesichts der stärkeren Benachteiligung von leistungsschwächeren Kindern aus bildungsferneren Familien sollte aber zusätzlich auch die sprachliche Förderung auf diese Kinder zugeschnitten sein und zusätzliche Unterstützung anbieten. Das beinhaltet

21 Für eine detailliertere Erläuterung siehe Kasten 1 in diesem Bericht.

auch, die Eltern mit niedrigerem Bildungsabschluss dabei zu unterstützen, ihre Kinder früh zu fördern.

Generell sollten bei bildungspolitischen Maßnahmen die größeren Unterschiede nach der Bildung der Eltern in den

(niedrigeren) Leistungsbereichen von Kindern in den Blick genommen werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Verringerung dieser Unterschiede verschiedene und vielfältige Interventionen erfordern.

Ludovica Gambaro ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | lgambaro@diw.de

Tobias Linberg ist wissenschaftlicher Referent am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München | tobias.linberg@isb.bayern.de

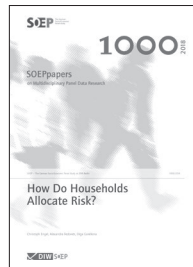
Frauke Peter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | fpeter@diw.de

JEL: I24, J13, J24

Keywords: language competencies, inequality, parental educational background

SOEP Papers Nr. 1000

2018 | Christoph Engel, Alexandra Fedorets, Olga Gorelkina



How Do Households Allocate Risk?

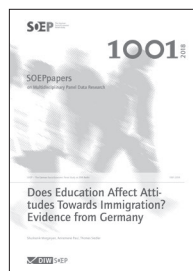
Individuals often have to decide to which degree of risk they want to expose others, or how much risk to accept if their choice has an externality on third parties. One typical application is a household. We run an experiment in the German Socio-Economic Panel with two members from 494 households. Participants have a good estimate of each other's risk preferences, even if not explicitly informed. They do not simply match this preference when deciding on behalf of the other household member, but shy away from exposing others to risk. We model the situation, and we find four distinct types of individuals, and two distinct types of households.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1001

2018 | Shushanik Margaryan, Annemarie Paul, Thomas Siedler



Does Education Affect Attitudes Towards Immigration? Evidence from Germany

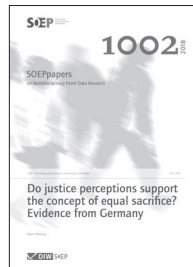
Using data from the German Socio-Economic Panel and exploiting the staggered implementation of a compulsory schooling reform in West Germany, this article finds that an additional year of schooling lowers the probability of being very concerned about immigration to Germany by around six percentage points (20 percent). Furthermore, our findings imply significant spillovers from maternal education to immigration attitudes of her offspring. While we find no evidence for returns to education within a range of labour market outcomes, higher social trust appears to be an important mechanism behind our findings.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1002

2018 | Maria Metzing



Do Justice Perceptions Support the Concept of Equal Sacrifice? Evidence from Germany

The ability-to-pay approach assesses taxes paid as a sacrifice by the taxpayers. This raises the question of how to define and how to measure it: in absolute, relative, or marginal terms? U.S. respondents prefer a tax schedule that is either a pure (absolute) Equal Sacrifice or a mixture of Equal Sacrifice and Utilitarianism [Weinzierl, 2014]. To determine whether Germans prefer absolute, relative, or marginal Equal Sacrifice principle for their income taxation, I use a question item from the German Socio-Economic Panel (SOEP) to obtain information on the level of taxes individuals consider as fair. I estimate tax and transfer

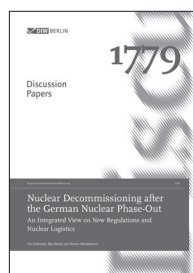
schedules with regard to three Equal Sacrifice definitions and analyze which one of the three best fits the data. The absolute and the relative Equal Sacrifice principle are the dominant candidates in terms of statistical fit.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1779

2019 | Tim Scherwath, Ben Wealer, Roman Mendelevitch



Nuclear Decommissioning after the German Nuclear Phase-Out: An Integrated View on New Regulations and Nuclear Logistics

With Germany's nuclear phase-out, 23 reactors need to be dismantled in the near future. Initiated by the dire financial situation of the affected utilities in 2014, a major discourse on ensuring financial liability led to a redistribution of liabilities and finances, with the utilities remaining in charge of dismantling, while liability for interim and final storage now transferred to the public. This paper assesses whether the new regulation will ultimately be to the benefit of the public. It introduces a two-stage stochastic optimization framework which encompasses the different dismantling phases and resulting waste flows and stor-

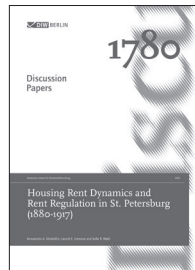
age levels of low- and intermediate-level waste (LLW and ILW) as well as the associated costs. Results show that storage risk – proclaimed as a major barrier to efficient decommissioning – is not a major driver for the optimal decommissioning schedule. However, a delay of ten years might now increase interim storage costs borne by the public by over 20%. By contrast, lacking knowledge and limited machinery is a major unaccounted cost driver, which might quickly eat-up the buffer currently included in utility funds in order to deal with dismantling uncertainties. Our analysis reveals the storage gate as the new crucial interface between utilities and the public storage provider.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1780

2019 | Konstantin A. Kholodilin, Leonid Limonov, Sofie R. Walt



Housing Rent Dynamics and Rent Regulation in St. Petersburg (1880-1917)

This article studies the evolution of housing rents in St. Petersburg between 1880 and 1917, covering an eventful period of Russian and world history. We collect and digitize over 5,000 rental advertisements from a local newspaper, which we use together with geo-coded addresses and detailed structural characteristics to construct a quality-adjusted rent price index in continuous time. We provide the first pre-war and pre-Soviet index based on market data for any Russian housing market. In 1915, one of the world's earliest rent control and tenant protection policies was introduced in response to soaring prices

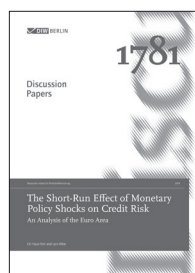
following the outbreak of World War I. We analyze the impact of this policy: while before the regulation rents were increasing at a similar rapid pace as other consumer prices, the policy reversed this trend. We find evidence for official compliance with the policy, document a rise in tenure duration and strongly increased rent affordability among workers after the introduction of the policy. We conclude that the immediate prelude to the October Revolution was indeed characterized by economic turmoil, but rent affordability and rising rents were no longer the dominating problems.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1781

2019 | Chi Hyun Kim, Lars Oth



The Short-Run Effect of Monetary Policy Shocks on Credit Risk: An Analysis of the Euro Area

We examine the credit channel of monetary policy from 2000 to 2015 in the Euro Area using daily monetary policy shock and credit risk measures in an autoregressive distributed lag model. We find that an expansionary monetary policy shock leads to a short-run increase in the credit risk of non-financial corporations. This dysfunctionality of the credit channel is driven by the crisis-dominated post-2009 period. During this period, market participants may have interpreted expansionary monetary policy shocks as a signal of worsening economic prospects. We further distinguish policy shocks aiming at short- and

long-run expectations of market participants, i.e. target and path shocks. The adverse effect disappears for crisis countries when the European Central Bank targets long-run rather than short-run expectations.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MARTIN GORNIG

Produktivitätsrückstand ist nicht mehr eine Frage des Ostens

Prof. Dr. Martin Gornig ist Forschungsdirektor Industriepolitik am DIW Berlin.

Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Der Fall des Eisernen Vorhangs in Europa und der Berliner Mauer liegen nun fast 30 Jahre zurück. Dies wird mit Recht zum Anlass genommen, in nahezu allen gesellschaftspolitischen Bereichen auch Bilanz zu ziehen in den deutsch-deutschen Beziehungen. Was ist erreicht worden, wo besteht noch Handlungsbedarf?

In ökonomischer Hinsicht geht es insbesondere um die Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die DDR ist nicht zuletzt auch daran gescheitert, Arbeit und Kapital nicht produktiv genug eingesetzt zu haben. Analysen zeigen, dass die Produktivität insbesondere der Arbeitskräfte nach der Wiedervereinigung rasant gestiegen ist. Dies auch, weil ein – in der Geschichte nahezu einmaliger – Kapitalzufluss beobachtet werden konnte. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 aber hat sich das Tempo des Aufholens verlangsamt. In manchen Bereichen ist es sogar zum Erliegen gekommen. Dabei ist die Lücke im Produktivitätsniveau zwischen Ost und West immer noch beachtlich. Je nach Messkonzept und Abgrenzung sind es mal etwas mehr, mal etwas weniger als 20 Prozent, die Ostdeutschland hinter dem Westen zurückliegt.

Bevor nun vorschnell Therapievorschlüsse entwickelt werden, ist zu fragen, wo die Ursachen liegen. Unsere aktuelle Studie für die Bertelsmann-Stiftung weist darauf hin, dass dies nichts mit fehlendem Einsatzwillen der Beschäftigten oder ihrer Qualifikation zu tun hat. Vielmehr liegt der Produktivitätsrückstand des Ostens an grundlegenden strukturellen Unterschieden. So ist der Anteil der Industrie – und gerade die Industrie ist es, die in Deutschland für hochproduktive, gut bezahlte Jobs sorgt – in den ostdeutschen Regionen immer noch viel geringer als im Westen. Entscheidend für die Produktivität ist aber auch das regionale Umfeld, in dem die Firmen arbeiten. Je mehr Firmen gleicher oder unterschiedlicher Spezialisierung an einem Ort, je höher die Ballungsvorteile, je produktiver also die Unternehmen und ihre Beschäftigten.

Betrachtet man vergleichbare Regionen in West und Ost – vergleicht man also ländliche mit ländlichen Räumen und die

Städte miteinander –, schmilzt die Produktivitätslücke auf ein Minimum. So setzen zumindest im verarbeitenden Gewerbe die Unternehmen in ostdeutschen Großstädten und in ostdeutschen ländlichen Regionen Arbeit und Kapital ähnlich effizient ein wie ihre Konkurrenten in vergleichbaren Westregionen. In der Summe ergibt sich aber dennoch ein Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands, weil ländliche Räume weniger produktiv als städtische Regionen arbeiten können und im Osten weniger große Städte und mehr ländliche Räume vorhanden sind.

Wie mit diesem Befund umgehen? Die neuen Chancen, die sich durch Umstrukturierungen der Industrie im Zuge der Digitalisierung ergeben, sollten genutzt werden. Gefragt ist hier ein kluger industriepolitischer Mix aus Innovations-, Investitions- und Gründungsförderung.

An der grundlegenden Tatsache, dass es weniger große Städte und mehr ländliche Regionen in Ostdeutschland gibt, wird man sinnvollerweise nichts ändern können und wollen. 70 Jahre relativer Bevölkerungsverlust sind nicht einfach umkehrbar. Auch scheint es wenig erfolgsversprechend, wenn Deutschland auf die Produktivitätsvorteile verzichtet, die die räumliche Ballung wirtschaftlicher Aktivität im internationalen Wettbewerb bietet. Entsprechend gilt es, in Deutschland dauerhaft einen Ausgleich zu organisieren, nicht zwischen West und Ost, sondern deutschlandweit zwischen Stadt und Land. Dem traditionellen Länderfinanzausgleich kommt dabei eine wichtige Funktion zu. Angesichts des verschärften Stadt-Land-Gegensatzes kann er die Ausgleichsaufgabe aber nicht allein schultern. Gefordert ist hier vielmehr der Bund, um durch eine nachhaltige Infrastrukturoffensive die Attraktivität und Wachstumschancen des ländlichen Raums zu stärken.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 16. April 2019 im Tagesspiegel erschienen.